:antifaschistische nachrichten

Nr. 22

g 3336 29.10.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

IfS-Herbstkongress

SCHNELLRODA. Das um die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ angesiedelte „Institut für Staatspolitik“ (IfS) führt am 21. und 22. November auf dem Rittergut Schnellroda seinen Herbstkongress durch. Die „Asylantenflut ergießt sich nach Deutschland“, heißt es in der Bewerbung der Konferenz und „Politik und Medien haben die Volksgemeinschaft der willkommenstrunkenen Anpacker entdeckt und spielen sie gegen das Pack, den „häßlichen Deutschen“ aus“. Unter dem Motto „Ansturm auf Europa“ werden als Referenten Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider und Björn Höcke, AfD-Fraktions-Vorsitzender im Thüringer Landtag, angekündigt. Auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Staatsversagen und Widerstandsrecht“ sollen Götz Kubitschek („Sezession“) und Jürgen Elsässer („Compact“) miteinander diskutieren. Für die Konferenz stehen 150 Teilnehmerplätze zur Verfügung. *hma* ■

Streit um Höcke

Unter der Überschrift „Desaster für die AfD“ hat der Chefredakteur des rechten Wochenblatts „Junge Freiheit“, Dieter Stein, den Auftritt des Thüringer AfD-Chefs Björn Höcke bei einer ARD-Talkshow kritisiert. Die AfD-Spitze müsse sich nach diesem peinlichen Auftritt fragen lassen, „wer eigentlich das Außenbild der Partei bestimmt, wer sie politisch führt: Die Bundesvorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen – oder Höcke? Wedelt der Schwanz mit dem Hund oder umgekehrt? Läßt die AfD-Spitze die Sache treiben, wird Höcke den Kurs der Partei bestimmen. Wohin dieser Kurs führt, steht fest: nicht nur ins rechte Ghetto, sondern auch in die politische Marginalisierung“, so Stein. Kritik an dieser Einschätzung kommt u.a. von „Compact“-Chefredakteur Jürgen Elsässer. Höckes Fernsehauftritt sei „bravourös“ gewesen, „klug, klar, kantig!“, so Elsässer. In einer Situation, „wo das Vaterland bedroht“ sei, betreibe Stein „kleinliches Personalgezänk“. Petry gegen Höcke aufzuhetzen sei schädlich, so Elsässer. Das „Compact“-Magazin werde alle Kräfte unterstützen, „die in der Lage sind, dem Volk Mut zuzusprechen und den Widerstand gegen die Abschaffung Deutschlands zu organisieren“, erklärte Elsässer auf seiner Internetseite.

hma ■

Staatsstreich im Anmarsch?

Die Neue Rechte bläst zur neuen konservativen Revolution!

Von Jan Große Nobis – Mit freundlicher Genehmigung der VVN-BdA NRW

CSU, Pegida, AfD, PI-News und Konsorten sind in aller Munde. Die rassistische Stimmung, die diese Parteien und Bewegungen schüren, ist der Nährboden für die täglichen Angriffe (500 bisher dieses Jahr) auf Flüchtlingsunterkünfte, Flüchtlingshelfer/innen und Antifaschist/innen. Der jüngste Anschlag auf die neue Oberbürgermeisterin Henriette Reker ist nur einer der jüngsten Höhepunkte. Die Neue Rechte liefert dafür den ideologischen Unterbau. Von PI-News über Sezession, Michael Mannheimer über Stürzenberger, Pegida und AfD wird über den „Widerstandsparagrafen“ (Artikel 20 GG) diskutiert. Immer öfter sind die Veröffentlichungen von Artikeln, in denen der aktive Widerstand nach Art. 20 GG ausgerufen wird. – Jan Große Nobis von der VVN-BdA NRW stellte diese Überlegungen an und liefert eine gründliche Analyse.

Was sagt also der Artikel 20?

Es geht um den Absatz 4 des besagten Artikels:

> *„(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“*

Es ist schon bemerkenswert, dass sich die Neue Rechte gerade auf diesen Absatz bezieht! Schließlich ist dieser Absatz auf Forderung der Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung von 1968 zur Abwehr des Faschismus und der militärischen Machtübernahme im Grundgesetz etabliert worden. Der Absatz bedeutet, dass die Demokraten – wenn es nicht anders geht – zur Verteidigung der Grundwerte des Grundgesetzes mit den Mitteln des Massenstreiks und ähnlicher Aktionen einschreiten können. Eigentlich also eine „linke“ Klausel des Grundgesetzes! Schließlich stehen die demokratischen Kräfte für die Menschenrechte (Art. 1), für Gleichberechtigung (Art. 3); für Religionsfreiheit (Art. 4), für Meinungsfreiheit (Art. 5) etc. Ein Staatsstreich rechter Cliquen soll also mit Artikel 20 abgewendet und nicht herbeige-

Fortsetzung Seite 4

Aus dem Inhalt:

Rechtsextrem regierte Rathäuser 9
Internationales Jahrestreffen ehemaliger Spanienkämpfer 3

Im Abseits

Dresden/Bonn. Nach seinem skandalösen Auftritt auf der „Pegida“-Kundgebung in Dresden hat Buchautor Akif Pirinçci am 21. Oktober der „Jungen Freiheit“ ein Interview gegeben. Es herrsche ein „intellektueller Totalitarismus“, beklagt sich Pirinçci darin. „Die Kampagne“ gegen ihn „sei wie eine Bücherverbrennung, nur ohne Flammen“. Seine Existenz sei „derzeit zerstört“. Die Verlagsgruppe Randomhouse hatte angekündigt, Pirinçcis Bücher nicht mehr anzubieten. Selbst der „Kopp-Verlag“ will keine Bücher mehr mit Pirinçci machen. Und der Webmaster Pirinçcis distanzierte sich von diesem und stellte eine entsprechende Erklärung auf dessen Internetseite. *hma* ■

Rechtsextreme Straftaten nehmen weiter deutlich zu

Mehr als 500 rechtsextreme Gewalttaten und knapp 400 Verletzte hat die Polizei im laufenden Jahr bereits registriert. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein deutlicher Anstieg. Das teilt die Bundesregierung mit.

Die Zahl rechtsextremer Straftaten steigt weiter deutlich an. Die Polizei habe von Januar bis einschließlich August bereits 8111 einschlägige Delikte festgestellt, darunter 518 Gewalttaten, berichtet der Tagesspiegel unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Dabei wurden den Angaben zufolge 394 Menschen verletzt.

Die meisten Gewaltdelikte (319) waren demnach fremdenfeindlich motiviert. Die Zahlen werden vermutlich im Nachhinein noch höher ausgefallen, weil regelmäßig Fälle nachgemeldet werden.

Im vergangenen Jahr hatte die Polizei den Angaben zufolge im gleichen Zeitraum 6945 rechte Delikte mit 315 Gewalttaten und 276 Verletzten registriert. In diesem Jahr wurden bislang 4340 Tatverdächtige ermittelt.

Quelle: http://www.migazin.de 15.10.2015 ■

Hunderte demonstrieren in Bad Fallingbostel gegen NPD

Bad Fallingbostel (epd). Rund 500 Menschen haben Polizeiangaben zufolge am Sonnabend friedlich gegen einen Aufmarsch der rechtsextremen NPD im niedersächsischen Bad Fallingbostel demonstriert. Der DGB-Kreisvorsitzende Charly Braun warnte bei einer Kundgebung vor einem „Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft“. Der Unterschied zwischen rechten Gruppierungen und Parteien und der „Pegida“-Bewegung sei nur minimal: „Aus deren Worten werden Brandstiftungen, Anschläge und Mord“. Der Polizei zufolge waren rund 25 NPD-Anhänger zu einer Kundgebung unter dem Motto „Asylflut stoppen“ gekommen.

Ein Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Initiativen hatte zu den Gegenprotesten vor dem Rathaus aufgerufen. Rund 400 Teilnehmer zogen Veranstaltern zufolge anschließend mit Transparenten und Fahnen durch die Stadt. Darauf waren Sprüche wie „refugees welcome“ oder „die Welt ist bunt“ gemalt.

Bei einer weiteren Versammlung vor der Kirche zählte das von Stadt und evangelischer Gemeinde initiierte „Bündnis für Fremdenfreundlichkeit“ rund 300 Teilnehmer. Der evangelische Pastor Torsten Schoppe rief dabei zu mehr Vertrauen auf. Dies entstehe nur über Kontakt und persönliche Gespräche: „Nur so können aus Fremden Nahe werden, vielleicht sogar Freunde.“

Viele Menschen der rund 11 000 Einwohner zählenden Stadt sorgten sich, weil sie nicht wüssten, wie es weitergehe oder ob sie die Aufgaben kräftemäßig schafften. Diese Sorgen könnten in Angst oder Panik münden, warnte der Theologe: „Aber Angst ist immer ein schlechter Ratgeber.“ Mit Ansteckern und Transparenten warben die Teilnehmer für einen Ort mit „Herz und Verstand statt Angst und Hetze“.

Es sei nicht zu ertragen, wenn rechte Gruppen aus den Sorgen der Menschen und aus der Not der Flüchtlinge populistisch Profit machen wollten, kritisierte Schoppe. …

In der Nähe von Bad Fallingbostel liegen in zwei benachbarten ehemaligen Kasernen zwei große Notunterkünfte für Flüchtlinge. Derzeit leben dort rund 2700 Geflohene, bis zum Wochenende sollten dem niedersächsischen Innenministerium zufolge weitere 1000 Plätze entstehen.

Quelle: epd-Landesdienst Niedersachsen-Bremen ■

Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!

Gegen den NPD-Aufmarsch am 2.11. in Berlin-Johannisthal!

Für den 2. November 2015 mobilisieren die Berliner und Brandenburger NPD sowie der NPD-Bundesverband zu einem sogenannten Nazigroßaufmarsch, um damit eine neue Welle der physischen und psychischen Gewalt gegen Geflüchtete zu entfachen. Anlass ist die Eröffnung einer neuen Notunterkunft im Treptow-Köpenicker Ortsteil Johannisthal, in der Nähe des S-Bahnhofs Schöneweide.

Bereits vor einem Jahr begann die NPD damit, in den Ostberliner Wohngebieten Marzahn, Buch, Hohenschönhausen und dem Allende-Viertel eine Pogromstimmung gegen Geflüchtete zu initiieren. Dies geschah in sozialen Netzwerken im Internet mit dem gezielten Streuen von rassistischen Lügen und Verschwörungsideologien, mit aggressiver menschenfeindlicher Hetze und mit wöchentlichen rassistischen Aufmärschen. Dies wurde als vermeintlicher „Anwohnerprotest“ verkauft, doch Initiator war die NPD. Deren Neonazis, die zumeist nicht in den jeweiligen Gegenden wohnten, übernahmen jedes Mal die Anmeldung und die Mobilisierung, hielten die Reden und stellten die Ordnerstruktur und den Lautsprecherwagen.

Nachdem die NPD mit ihren dumpfen Parolen immer weniger Teilnehmende bei ihren Veranstaltungen mobilisieren konnte, änderte sie die Strategie und ging dazu über, nun offen zu rassistischen Aufmärschen aufzurufen. Dies ist jetzt auch am 2. November in Johannisthal der Fall.

Doch, wie auch schon bei den rechten Aufmärschen des letzten Jahres, wird der menschverachtende NPD-Aufzug durch uns nicht einfach so hingenommen werden. Immer, wenn Neonazis aufmarschieren, werden wir ihnen unseren Widerstand entgegen bringen.

Dass sich Proteste gegen Nazis lohnen, zeigte sich in den letzten zwei Jahren in Johannisthals Nachbarortsteil Schöneweide. Hier führte antifaschistisches Engagement dazu, dass die organisierte rechte Szene Berlins ihre wichtigsten Kneipen und Läden verlor. Auch bezogen auf die vergangenen rassistischen Mobilisierungen in Berlin, führten antifaschistische Proteste vielerorts dazu, dass diese Aufmärsche für viele Teilnehmende immer mehr an Attraktivität verloren.

Daran wollen wir anknüpfen. Denn wenn sich Aufmärschen von Nazis und anderen Rassist*innen nicht frühzeitig entgegengestellt wird, werden diese größer und etablieren sich. Dies ist anderenorts schon der Fall, wenn in einigen Gegenden Deutschlands regelmäßig rassistische Aufmärsche stattfinden, die oftmals ohne Gegenprotest über die Bühne gehen. Diesen „Erfolgserlebnissen“ für die Teilnehmenden dieser Veranstaltungen folgen immer mehr massive Gewalttaten gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte, es vergeht keine Woche in Deutschland ohne rassistische Brandanschläge.

Deswegen dürfen wir es nicht zulassen, dass die Strategie der NPD aufgeht, ein Klima des Hasses gegen Geflüchtete in Johannisthal zu etablieren. Wir treten im Gegensatz dazu für eine Willkommenskultur ein. Menschen, die vor Kriegen, Genoziden, Verfolgung und Armut geflohen sind, bedürfen unserer Hilfe und Solidarität. Rassistischer Hetze entgegentreten!

Solidarität mit Geflüchteten! Kein Naziaufmarsch am 2.11. in Berlin-Johannisthal!

Die antifaschistischen Proteste gegen den NPD-Aufmarsch beginnen am 2. November um 18:00 Uhr an der Ecke Groß-Berliner Damm/Sterndamm (am S-Bahnhof Schöneweide). … Infos:

http://www.uffmucken-schoeneweide.de

Internationales Jahrestreffen ehemaliger Spanienkämpfer

Aufruf zur Ehrung des 80. Jahrestages der Gründung der Interbrigaden zur Verteidigung der Spanischen Republik im Jahr 2016

Unter Beteiligung von Vertretern aus Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande und Tschechien hat ein inhalts- und arbeitsreiches Internationales Jahrestreffen des Vereins Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 – 1939 e.V. (KFSR e.V.) ergebnisreich stattgefunden.

Im Zeichen des Gedenkens 2015 stand das Thema des diesjährigen Treffens „Spanienkämpfer im bewaffneten Kampf gegen den Faschismus 1939 – 1945“. Angehörige und internationale Vertreter stellten dies am Beispiel einzelner Biografien sehr emotional dar – stellvertretend für alle Freiwilligen Kämpfer für die Freiheit.

Eingeleitet wurde das Treffen mit der Präsentation des lang erwarteten Biografischen Lexikons aller Freiwilligen, die von Deutschland nach Spanien gingen, um an der Seite des spanischen Volkes die 2. Republik zu verteidigen.

Erinnerungsarbeit konkret – Geschichte erlebbar machen – Bildungsarbeit für die nachfolgenden Generationen – internationale Zusammenarbeit: das waren wichtige Themen der internationalen Beratung. Vorgestellt und diskutiert wurden konkrete, internationale Projekte. Als ein Höhepunkt für 2016 wird von den Partnerorganisationen eine einwöchige internationale Reise im Oktober/ November 2016 mit Stationen Paris – Madrid – Albacete – Barcelona geplant.

Auf der abschließenden, bereits zur Tradition gewordenen Ehrung am Denkmal der Spanienkämpfer in Berlin Friedrichshain sprachen der Gesandte der Spanischen Botschaft, Herr Herr Ignacio Sánchez de Lerín sowie das Mitglied des Bundestages für die Fraktion der Linken, Frau Gesine Lötzsch, Harald Wittstock für den KFSR, Almudena Cros aus Spanien (AABI – Asociación de Amigos de las Brigadas Internacionales), Georges Bertrant Puig, aus Frankreich (ACER – Les Amis des Combattants en Espagne Républicaine) und Marco Puppini aus Italien (A.I.C.V.A.S. – Associazione Italiana Combattenti Volontari Antifascisti di Spagna). Der Einladung zur Kundgebung folgten mit Rien Dijkstra aus den Niederlanden (Stichting Spanje 1936–1939), Zdenko Maršálek aus Tschechien (Verein der Freunde der Interbrigadisten) sowie Rémi Thomas aus Frankreich weitere internationale Teilnehmer unseres Treffens. Die wiedergewählte Vorsitzende des Vereins, Kerstin Hommel, verlas den von den Teilnehmern des Treffens verabschiedeten Aufruf für das Jahr 2016 anlässlich des 80. Jahrestages der Gründung der Interbrigaden zur Verteidigung der Spanischen Republik:

Kerstin Hommel, Vorsitzende des Vereins KFSR 1936-1939 e.V.

„Aufruf zum Jahr 2016 anlässlich der Ehrung des 80. Jahrestages der Gründung der Interbrigaden zur Verteidigung der Spanischen Republik“

Wir, die Teilnehmer des Internationalen Jahrestreffens des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 – 1939 e.V.“, haben uns in Berlin mit Vertretern befreundeter antifaschistischer und internationaler Partnerorganisationen zusammengefunden, um gemeinsam zu beraten, wie wir das Andenken der Kämpfer für die Freiheit des spanischen Volkes im Jahr 2016 würdig ehren können. Vor 80 Jahren hat sich der Franco-Putsch gegen den Willen des spanischen Volkes gerichtet, um die demokratisch gewählte Regierung und die damit verbundenen angestrebten sozialen Veränderungen zu beseitigen. Unzählige Antifaschisten aus mehr als 50 Ländern der Welt – Menschen verschiedener Religionen, Weltanschauungen, Parteien, Hautfarben – machten sich auf den oft sehr beschwerlichen Weg nach Spanien, um an der Seite des spanischen Volkes für die Verteidigung der 2. Spanischen Republik gegen die faschistischen Kräfte Francos, Deutschlands und Italiens zu kämpfen. Für viele, darunter auch die deutschen Antifaschisten bedeutete dies die Fortsetzung ihres antifaschistischen Kampfes, den sie im eigenen Land bereits aus der Illegalität oder auch aus der Emigration führen mussten.

Im Oktober 2016 jährt sich zum 80. Mal die Gründung der Internationalen Brigaden.

Viva la República! No pasarán! – so schallte der Ruf. Die Ziele der Kämpfer von damals sind immer noch die unseren: Freiheit, Frieden, Menschenrechte und Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus, internationale Solidarität.

Lasst uns die Verbundenheit der Kämpfer über die Ländergrenzen hinaus mitnehmen in die Kämpfe der Gegenwart, dort wo wir uns befinden!

Das heißt, ihre historische Erfahrung einzubringen in die aktuelle internationalistische Arbeit. Das bedeutet ebenso, dass wir auch heute solidarisch an der Seite des spanischen Volkes stehen, bei der Unterstützung in der Erinnerungsarbeit sowie in sozialen Kämpfen.

Wir als Angehörige und Freunde der Kämpfer der Spanischen Republik sehen unsere Aufgabe darin, die Erinnerungen an den Kampf der Interbrigadisten in Spanien und im Anschluss zur Beendigung des 2. Weltkrieges an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben. Lasst uns vielerorts öffentlich darstellen, wer die Menschen waren, die nach Spanien gegangen sind und was sie dazu bewogen hat. Lasst uns Wissen darüber vermitteln sowie ihre Gedenkstätten pflegen. Nutzen wir dabei auch die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Historikern, leisten wir selbst Unterstützung bei Arbeiten zum Thema Spanien. Dabei wollen wir vor allem unser Potential der internationalen Zusammenarbeit weiter ausbauen und in gemeinsamen Projekten nutzen.

Wir wenden uns an alle, deren aktives Handeln mit den Idealen der Interbrigadisten verbunden ist: Verstehen wir uns als Teil von globalen internationalistischen, antifaschistischen Bewegungen – und ehren so die Kämpfer von damals, tragen ihre Ziele in die Öffentlichkeit. Nur gemeinsam werden wir in der Lage sein, die gesellschaftlichen Verhältnisse für alle menschenwürdiger zu gestalten,

Der Kampf geht weiter! La lucha continua – bis wir sagen können: Pasaremos!

Die Teilnehmer des Jahrestreffens des KFSR e.V. Berlin, 18.10.2015
info@spanienkaempfer.de“

führt werden, wie es sich die Abendländler denken.

Die neue Rechte verleugnet genau diese Werte: Für sie gelten Menschenrechte, Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit allenfalls für deutsche Nationalisten. So werden aus Demokraten, die die Werte der allgemeinen Menschenrechte verteidigen, „Diktatoren“, „Linksfaschisten“, „SAntifa“ oder „linksversiffte Gutmenschen“! Die Demokratie und die allgemeinen Menschenrechte sind ihr Feind – aus ihrer Sicht sind die Demokratie und die allgemeinen Menschenrechte der „neue Faschismus“! Sie projizieren ihre völkische Ideologie ins Grundgesetz. Und damit soll der Art. 20 GG ihr Schwert gegen die Demokratie werden!

Die Neue Rechte ruft den Widerstand aus

Schon 2011 rief Karl-Michael Merkle alias Michael Mannheimer (einer der Gurus der neuen Rechte) nach Artikel 20 Abs. 4 gegen die „Islamisierung Deutschlands“ auf („…in Anbetracht ebenfalls der verfassungswidrigen Ent-Ethnisierung der deutschen Bevölkerung…“). Trotzdem stellte das Amtsgericht im April 2011 das Verfahren wegen Volksverhetzung ein.

Appelle wie die von Merkle haben eine längere Vorgeschichte – und die Galgen wie auch Guillotinen auf rechten Demonstrationen – gehen auf die Aktionen W (wie Widerstand) gegen die Ostverträge zurück. „Willy Brandt an die Wand“, wurde damals gerufen und geschrieben. Es war dann Michael Kühnen (Leutnant a.D., 1955-1991), der neue nationalsozialistische Formationen schuf und bis zu seinem Tod den rassistischen Volksaufstand predigte, der dann einen faschistischen Umsturz bringen sollte. Sein Vize Christian Worch startete dann Anfang der 90er Jahre die Anti-Antifa-Drohschrift „Einblick“ mit unverhohlenen Morddrohungen nicht nur gegen Linke und Migrant/innen, sondern vor allem auch gegen Prominente, „die uns die Suppe eingebrockt haben“. Lynchjustiz, wie jetzt wieder betrieben, stand am Anfang der Faschisierung Deutschlands 1919, als es auf Plakaten hieß: „Schlagt ihre Führer tot. Tötet Liebknecht. Dann werdet Ihr Frieden, Arbeit und Brot haben. Die Frontsoldaten!“

Mannheimer hatte laut Anklage vorm Amtsgericht in seinem als öffentlicher „Appell an alle freiheitsliebenden Bürger Deutschlands“ ausgewiesenen Pamphlet „zum Hass gegen eine religiöse Gruppe auf[ge]stachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie aufgefordert“. Das Amtsgericht Heilbronn hatte zwar zunächst einen Strafbefehl verschickt, aber nach Einspruch durch Mannheimer wurde das Verfahren in August 2014 sang- und klanglos eingestellt.

Am Ende hatte das Gericht schon die offensichtliche Volksverhetzung des Herrn Mannheimer nicht erkannt. Und die Relevanz nach dem Widerstandsparagrafen sowieso nicht.

Inzwischen ist das angebliche Widerstandsrecht schlicht Standard bei AfD, PI-News, Sezession und Elsässer. So wollen „Kubitschek und Elsässer […] sich mit dem Thema ‚Staatsversagen und Widerstandsrecht‘ beschäftigen“ berichtet der Blick nach Rechts über einen Kongress des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ im November.

Nun (4. Oktober) ruft das größte neurechte Blog PI-News unter der Überschrift „Allgemeine politische Mobilmachung!“ im Duktus der „Konservativen Revolution“ der 1930er Jahre zur Front und zum Partisanenkampf gegen den Staat auf:

Sie schreiben: „Merkels illegale Völkerwanderung [sic!] ist eine politische Kriegserklärung [sic!] an die Deutschen [sic!]. Es gibt nur eine Antwort: Jeder muss jetzt an die politische Front!“ Dabei rufen sie ihre Anhänger auf, in Dreier-Gruppen [erinnert an den NSU, oder?] oder einzeln als Partisanen in den Untergrund zu gehen: „Dreier-Gruppen sind die Kerneinheit jeder politischen Partisanentruppe. Dreier-Gruppen sind leicht zu gründen, brauchen wenig interne Abstimmung, bestehen meist aus engen Freunden mit hoher Loyalität und Verlässlichkeit und können sich deshalb als extrem schlagkräftig [sic!] erweisen. Findet Euch jetzt zusammen! Überlegt euch Aktionen! […] Wir befinden uns im politischen Kriegszustand [sic!], das bedeutet: Disziplin und nicht lange herumpalavern, konkrete Taten [sic!] vereinbaren und sichtbare Erfolge erreichen! Es muss jetzt Schluss sein mit Drückebergerei, Unzuverlässigkeit […], die auch in konservativen und rechten Kreisen eingerissen ist. Wir sind Deutsche [sic!], und wir werden der Welt zeigen, dass wir in der Lage sind, eine verbrecherische Regierung zum Teufel zu jagen! [sic!]"

„Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.“

Martin Niemöller.

Das ist der Aufruf zu strafrechtlich-relevanten militanten Aktionen von rechts (Das hat nichts mehr mit zivilem Ungehorsam zu tun!). Im Kontext der aktuellen Situation ist dies also ein Aufruf, geplante oder schon genutzte Flüchtlingsheime abzufackeln. Was soll sonst damit gemeint sein?

Und das im Namen des Grundgesetzes! Sie interpretieren es völkisch und meinen so, legitimiert zu sein mit ihrem Hass auf alle, die anders sind! Seien es Flüchtlinge, Homosexuelle, Linke, Antifaschisten oder einfach nur Demokraten!

Brandbeschleuniger: de Maizière, Seehofer, Scheuer, Söder und Oppermann als Legitimierung

Genauso wie Anfang der 1990er Jahre – Stichwort Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln, Solingen – goutieren etliche Politiker/innen wieder den rassistischen Mob von PI-News, AfD und Pegida! Der „besorgte Bürger“ ist wieder König!

Die CSU ist ein Nährboden für diese völkischen Bewegungen. Täglich rufen sie aus, dass wir nicht das „Welt-Sozialamt“ (Zitat NPD, AfD und CSU) sind, dass die Zuwanderung begrenzt werden muss („Flüchtlingszustrom begrenzen“ oder „Es muss Obergrenzen geben, denn Deutschland kann nicht die ganze Welt retten“) und über das Asylrecht geredet werden müsse.

Aber die SPD ist da oft nicht viel besser: Oppermann: „Dazu gehört es auch, deutlich zu sagen, dass mit einer Million Flüchtlinge in diesem Jahr unsere Möglichkeiten bei der Aufnahme nahezu erschöpft sind“, sagt er der FAZ.

Aber auch die Grünen sind dabei, am Asylrecht zu schrauben. Bei der aktuellen Asylrechtsverschärfung machen sie über den Bundesrat mit [http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/bund_laender_gipfel_cdu_csu_spd_und_gruene_einigen_sich_auf_massive_asylrechtsverschaerfung/]. Mit der Definition von weiteren Balkanländern als „sichere Herkunftsstaaten“ sind sie mit dabei, den auf dem Balkan diskriminierten Roma die Flucht nach Deutschland zu verwehren.

Aber was machen wir?

Max Reimann zur Haltung der KPD zum Grundgesetz:
„Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“

Max Reimann, 1949 bis 1953 Abgeordneter des Bundestags und Fraktionsvorsitzender der KPD, Mitbegründer der VVN.

Pegida, AfD und NPD demonstrieren zusammen zu tausenden in den Straßen Deutschlands. Fast täglich in irgendeiner Stadt in Kaltland. Die AfD steht bei Umfragen wieder bei 7 %. Die Brandbeschleuniger aus der Politik stehen täglich in der Presse! Eigentlich haben die Wiener/innen es schon vorgemacht: Sie haben erst mit zehntausenden (31. August) und dann mit 150 000 Menschen (3. Oktober) für Solidarität mit den derzeit nach Europa fliehenden Menschen in Wien demonstriert [http://wienanders.at/150-000-menschen-in-wien-sagen-refugees-welcome/].In Deutschland haben wir eine zentrale Großkundgebung in Berlin noch nicht geschafft! Wir übernehmen durch unsere Unterstützung der Refugees so viele Aufgaben des Staates, dass wir unsere politischen Anliegen vernachlässigen. Der Widerstand gegen den etablierten Rassismus und die aktuelle Asylrechtsverschärfung fällt dabei hinten über!

Eine rechts-terroristische Bewegung

„Die Republik gab Wort und Schrift geradezu selbstmörderisch frei; die Nationalsozialisten spotteten offen, sie nähmen nur die von der Verfassung gewährten Rechte für sich in Anspruch.“

Victor Klemperer, Lingua Tertii Imperii, S. 32.

Es hat sich jedoch unter Duldung der Mitte längst eine rechts-terroristische Bewegung etabliert. Täglich brennen Flüchtlingsheime, täglich werden Flüchtlingshelfer/innen und Antifaschist/innen angegriffen, täglich werden Migrant/innen angegriffen. Der rechte Terror ist vor unserer aller Augen präsent!

Es ist egal, ob hinter diesen ganzen Anschlägen auf die demokratische Gesellschaft feste, strukturierte Netzwerke stehen, oder nicht (Aber es scheint sie zu geben). Das soll mal der Verfassungsschutz diskutieren. Der macht sowieso nichts gegen Rechts – oder stützt die gar noch! Es ist ja inzwischen viel extremer. Es bedarf nicht einmal mehr strukturierter Netzwerke! Schon Michael Kühnen („Getrennt marschieren, vereint schlagen“), die Turner-Tagebücher, Combat18 und der NSU haben es propagiert und durchgeführt: Den Kampf in einzelnen losen dezentralen terroristischen Zellen!

PI-News & Co geben nun die Anleitung – das „besorgte Bürger“ genannte Rassistenpack führt es aus… Sie arbeiten fleißig an einer neuen völkischen, antidemokratischen Diktatur der Höckes (AfD, „1000-jähriger Zukunft für die Bewegung“), Festerlings (Widerstand Ost-West), Bachmanns (Pegida), Kubitscheks (Sezession), Elsässers (Compact), Mannheimers und Stürzenbergers (PI-News)… Sie arbeiten am Staatsstreich!

Wenn wir als Gesellschaft nicht wach werden und offensiver handeln, ist es vorbei mit einer offenen Gesellschaft – sei es auch nur mit einer kapitalistischen…

Jan Große Nobis ■

Siehe auch:
26.04.2013
Verfassungsschutz als Teil des NSU-Falls
Betrachtungen zum braunen Netzwerk aus VS und NSU
http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1082_nsu.htm
28.07.2011
Nach den Morden von Oslo und Utöya
Es muss auch hierzulande gegen rechts gehandelt werden
http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0827_nachher.htm
26.03.08
Zusammenspiel von Verfassungsschutz, Bundesinnenministerium und Neonazis bei der „Anti-Antifa“
Wiederauflage eines Referats von Ulrich Sander (VVN-BdA NRW)
http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0396_vs__bmi_und_anti-antifa.htm

Mit freundlicher Genehmigung der VVN-BdA NRW

ALLES FÜR DIE ANTIFA!

VVN–BdA **online shop**

Buttons, Pins, Aufkleber, Bücher
Broschüren, Transparente, Kataloge,
Fahnen, Klamotten, Werbeartikel

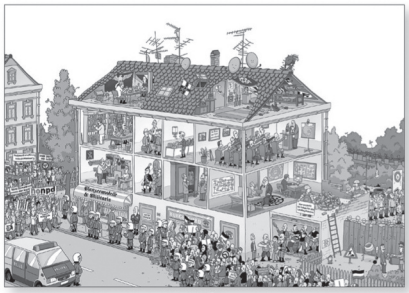
Bestellbedingungen
Die Versandpauschale beträgt 3,90 € und entfällt bei einem Warenwert über 50 €. Der Mindestbestellwert beträgt 10 €. Die genannten Preise behalten ihre Gültigkeit bis zu drei Monate nach dem Erscheinen dieser Anzeige. Der Versand erfolgt auf Rechnung oder per paypal.

Wie bestellt man?
Einfach online: www.shop.vvn-bda.de. Bestellungen sind auch telefonisch und per Fax möglich:
Telefon 030 55 57 90 83-2, Fax 030 55 57 90 83-9, oder kommt vorbei: VVN-BdA, Magdalenenstraße 19, 10365 Berlin

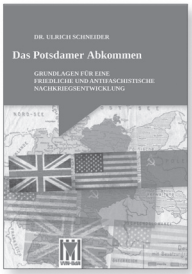
Abbildungen nicht maßstabsgerecht!

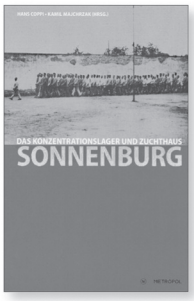
Aufkleber…
Hier: „Hier verschwand ein Nazi-Aufkleber“, DIN A 7, 100 Stück zu 3,50 €

Plakate…
Hier: „Wimmelbild“, DIN A 2, Stück zu 0,50 €



Broschüren, Bücher…
Hier: „Das Potsdamer Abkommen“, Schneider, Broschüre, 2,00 €





Hier: „Sonnenburg“, Coppi/Majchrzak, 19,00 €

Flugblätter, Postkarten…
diverse, kostenfrei

Aktionsmittel
Hier: Transparent „Rassisten und Nazis entgegentreten“, 2,50 x 1,30 m, Stück 64,90 €

www.shop.vvn-bda.de

„Alternative für Deutschland" (AfD):

Auf dem Weg zur rechtsradikalen Sammlungsbewegung

Im Zuge der aufgeheizten Asyldebatte radikalisiert sich die AfD in rasantem Tempo. Treibende Kraft dieser Entwicklung ist der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke. Woche für Woche lässt er seine AnhängerInnen demonstrieren, und seine Worte werden schärfer und erkennbarer. Am 14. Oktober erklärte er in Mageburg vor 1500 Anti-Asyl-DemonstrantInnen, Deutschland stehe vor einem „Bürgerkrieg", 2016 werde ein „Schicksalsjahr". Er wolle, dass Deutschland nicht nur eine 1000jährige Vergangenheit, sondern auch eine „1000jährige Zukunft" habe.[1] Die Assoziation mit dem „Tausendjährigen Reich" der NSDAP ist derart nahe liegend, dass sie nur beabsichtigt sein kann.

An der AfD-Demonstration in Rostock am 17. Oktober befanden sich unter den angeblich 1800 TeilnehmerInnen 300 Neonazis, NPDlerInnen und Nazi-Hooligans. Aus der Demo heraus wurden Flaschen und Böller geworfen, so dass die Polizei erstmals gegen einen solchen Aufmarsch einschritt.[2] Demoanmelder und Redner war der ehemalige Vorsitzende der AfD Mecklenburg-Vorpommern, der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Holger Arppe. Er faselte in NS-Diktion vom „Überlebenskampf des deutschen Volkes".[3]

Auch auf einer am selben Tag von der AfD organisierten Anti-Asyl-Demo im bayerischen Grenzort Freilassing befanden sich unter den 1000 TeilnehmerInnen zahlreiche bekannte Neonazis – ohne dass die AfD sich daran störte.[4] Auch in Nürnberg gab es am 24. Oktober eine AfD-Kundgebung mit Nazi-Beteiligung. Von den 250 Teilnehmenden wurde einer wegen eines Kopfstoßes gegen einen Journalisten festgenommen.[5]

Neu daran ist, dass die AfD mit ihren organisatorischen und publizistischen Möglichkeiten Demonstrationen für die gesamte Rechte veranstaltet. Übergriffe auf GegnerInnen oder JournalistInnen während und nach diesen Aufmärschen sind an der Tagesordnung. Was Pegida als unabhängige „Bürgerbewegung" in Dresden organisiert, erledigt andernorts die AfD!

Noch scheut die Parteivorsitzende Frauke Petry solch breite Bündnisse, da Verbindungen ins neofaschistische Lager ihren Zielen abträglich wären. Petry muss die Partei zusammen halten – und es gibt vor allem im Westen noch zahlreiche Mitglieder, die nicht zu einem stillschweigenden Bündnis mit NPD und ähnlichen bereit sind.

Petry versuchte deshalb, Demos auf die Beine zu stellen, bei denen nur von der AfD genehmigte Plakate mitgetragen werden durften. Sie scheiterte grandios. Nahmen an der ersten noch 500 Menschen teil, sollen es zuletzt nur noch 200 gewesen sein. Die AfD in Potsdam konnte zur ihrer Demo gegen Flüchtlinge noch nicht einmal 100 Menschen mobilisieren. Auch die erste von drei geplanten Demos am 24. Oktober in Berlin floppte mit nur 150 Teilnehmenden.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Alexander Gauland hat mittlerweile seine Berührungsängste mit RechtsextremistInnen abgelegt. Dass sein Fraktionsvize Andreas Kalbitz Vorsitzender des Vereins „Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit" ist, der geschichtsrevisionistische Schriften publiziert („Adolf Hitler – Verwandler der Welt"), stört ihn nicht: „Und ehrlich gesagt, ich weiß nicht, was eine rechtsextremistische Geschichtsschreibung ist."[6] In Sachsen-Anhalt wird die AfD mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet.[7]

Zweiter Frühling für die AfD

Nach ihrer Spaltung im Juli schien die AfD schon fast erledigt zu sein – 30 % der führenden Mitglieder und Abgeordneten haben die Partei verlassen, ganze Bezirks- und sogar Landesverbände standen ohne Leitung da, über 4000 Mitglieder sind ausgetreten, zeitweilig hatte sie nach Eigenangaben nur noch 16 800 Mitglieder und die Umfragewerte sackten auf drei bis vier Prozent ab. Doch inzwischen liegt sie wieder zwischen sechs und acht Prozent. Der alte Mitgliederhöchststand von 21 000 dürfte demnächst auch wieder erreicht sein. Die AfD profitiert von der zunehmenden Skepsis in der Bevölkerung wegen der hohen AsylbewerberInnenzahlen.

In der aktuellen Situation hat die AfD also ganz unerwartet und ohne eigenes Zutun eine zweite Chance auf Etablierung im Parteiensystem erhalten. All die, die sich eine AfD wünschen, die in erster Linie ein Wahlverein ist, und die hoffen, irgendwann einmal als Koalitionspartner der CDU fungieren zu dürfen, sind wegen der Rechtsentwicklung einiger Landesverbände beunruhigt. Denn eine AfD, die sich völkisch-nationalistisch aufstellt, wird dafür niemals in Frage kommen, und es ist sehr zweifelhaft, ob solch eine Partei sich dauerhaft durchzusetzen vermag. Andererseits verschaffen die radikalisierten Ostlandesverbände der AfD den Zulauf und die Aufmerksamkeit, die sie so dringend braucht.

Deshalb laviert die Parteiführung mehr als dass sie handelt. Die Parteivorsitzenden Petry und Jörg Meuthen scheinen Getriebene zu sein, die von der Entwicklung ihrer Partei überrollt werden. Im Anschluss an die Talkshow „Günther Jauch", in der Höcke sich und die AfD blamiert hat,[8] versuchten sie mit einer vorsichtigen Distanzierung von Höcke wieder in die Offensive zu kommen.

Man sehe sich, „ebenso wie die große Mehrheit der AfD Mitglieder, vom derzeitigen Stil des Auftretens des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke nicht vertreten. Er ist legitimiert für den Landesverband Thüringen zu sprechen, nicht aber für die Bundespartei."[9] Andernorts bestätigte Petry, dass ihre Kritik an Höcke nicht inhaltlicher Natur sei, sondern sich lediglich an Fragen des Stils festmache. Höcke habe Besserung gelobt.[10] Das ist durchaus vorstellbar, denn Höcke dürften Stilfragen tatsächlich egal sein; ihm geht es um seine völkische Weltanschauung.

Der rechte Parteiflügel wird nicht klein beigeben. Höcke treibe „eine große Liebe zu seinem Vaterland" und er vertrete keine andere Meinung „als wir", teilte Gauland mit. „Wer jetzt anfängt, hier Maulkörbe zu verpassen, der schlägt eine Richtung ein, die auf keine gute Resonanz in der AfD treffen wird", ließ André Poggenburg, Mitglied des Bundesvorstands und Vorsitzender des Landesverbands Sachsen-Anhalt, wissen.[11]

Völkisches Gedankengut ist für Petry eine Frage des Stils und für Gauland dasselbe, was er denkt. Poggenburg geht zu Drohungen über, was die Stärke der radikalen Rechten in der Partei belegt – und die Zaghaftigkeit Petrys erklärt.

Die äußerst rechten Kräfte bestimmen das Handeln der AfD. Gauland und Höcke haben die inoffizielle Führung übernommen. Petry ist umstritten, weil sie wichtige Ziele der Rechten blockiert. Sie hat es sich mit Pegida verscherzt, als sie bei deren Spaltung die Fäden zog. Jetzt will Pegida mit einer eigenen Partei der AfD Konkurrenz machen.

Zwar gratulierte Petry der FPÖ zu ihrem Wahlerfolg in Oberösterreich, lehnt aber den Front National ab, weil er „eine Partei, die sich im sozialistischen, im linken Bereich aufhält", sei.[12] Das Argument ist absurd, dennoch durchkreuzt es die Verwirklichung eines Herzenswunsches vieler AfDlerInnen: Die Einigung der europäischen extremen Rechten.

Ob sich Petry und andere, denen die AfD zu weit nach rechts abgedriftet ist,

→

Nach Pegida: Neonazi zückt Messer in Leipzig

Neonazi zieht ein Messer, Polizei lässt ihn laufen: Was nach dem Attentat in Köln unmöglich scheint, ist in Leipzig passiert. Auch hier ist der Täter seit Jahrzehnten in der rechten Szene aktiv.

Bei dem Pegida-Anhänger, der am Abend des 19. Oktober 2015 am Leipziger Hauptbahnhof GegendemonstrantInnen mit einem Messer bedrohte, handelt es sich um den Leipziger Neonazi Kevin Dehn. Das ergeben Antifa-Recherchen.

Dehn war zuvor mit einem von Legida organisierten Reisebus zum Pegida-"Geburtstag" nach Dresden gefahren. Vor der Abfahrt hatte sich die Reisegruppe, zu der auch der Leipziger NPD-Kreisvorsitzende Enrico Böhm, seine Partnerin Annemarie Kunze sowie der Legida-Ordnerchef Marco Prager gehörten, im Leipziger Hauptbahnhof gesammelt. Nach der Rückfahrt warteten etwa 15 Neonazis aus dieser Gruppe vor dem östlichen Haupteingang.

Als eine Gruppe von GegendemonstrantInnen, die kurz zuvor ebenfalls aus Dresden zurückgekehrt war, den Hauptbahnhof verlassen wollte, betrat Kevin Dehn das Gebäude. Der 44-Jährige zückte ein Messer und ging damit mehrere Personen direkt an, verletzte glüchlicherweise jedoch niemanden.

Die übrigen Pegida-Anhänger griffen wenige Sekunden später mit Fahnenstangen an und teilten Tritte aus. Das Geschehen haben AugenzeugInnen übereinstimmend beschrieben, der Vorfall ist auch in einem Video zu sehen. Ansatzweise ist darin die bedenkliche Reaktion der Polizei zu erkennen: Sie jagte die Angegriffenen aus dem Gebäude und setzte Pfefferspray ein. Von den aggressiven Neonazis wurden dagegen nicht einmal Personalien aufgenommen. So konnte auch Kevin Dehn unbehelligt davonziehen. Er hatte am selben Tag bereits am Rande des Pegida-Aufmarsches GegendemonstrantInnen angegriffen.

Legida als Gewalt-Event

Die Busfahrt nach Dresden war vom Legida-Funktionär Ronny Ullmann aus Böhlen organisiert worden. Bei Legida-Aufmärschen war auch Dehn wiederholt aufgefallen – nicht nur als Versammlungsteilnehmer, sondern in einer Gruppe Neonazis mittleren Alters, die sich am Rande der Demonstrationszüge regelmäßig im Umfeld der Großen Fleischergasse 4 sammelt, um dort gezielt AntifaschistInnen anzugreifen.

Riccardo Sturm ist nicht der einzige aus dieser Gruppe, der auf eine langjährige Karriere als gewalttätiger Neonazi zurückblicken kann. Auch Kevin Dehn, der unter gewaltsuchenden Legida-Anhängern offenbar eine Hauptrolle spielt, war bereits in den 1990er Jahren aktiv – in der neonazistischen Straßengang "Reudnitzer Rechte", die von 1987 bis 1992 existierte und ab der Wendezeit verstärkt in Erscheinung trat. Die Gruppe entwickelte enge Kontakte zur Leipziger FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei, 1995 verboten), zur Probstheidaer Hooligan-Szene sowie in das kriminelle Milieu. Erkennungszeichen der Gruppe war ein Keltenkreuz mit dem Kürzel "RR".

Radikalisierte Gruppentäter

Dehn, der zusammen mit Pierre Richter den Kern der „Reudnitzer Rechte" bildete, beteiligte sich in diesem Zeitraum wiederholt an schweren Gewalttaten. So an einer Straßenschlacht, die sich etwa 70 Nazi-Hooligans im Juni 1991 mit der Polizei auf dem damaligen Sachsenplatz lieferten. Anfang November 1991 gehörte Dehn zu einer Neonazigruppe, der wiederholt die Moritzbastei angriff und gegen zufällig gesichtete MigrantInnen handgreiflich wurde.

Zu den etwa 30 Neonazis, die Ende März 1992 zu einem von StudentInnen bewohnten Haus in der Sternwartenstraße zogen, gehörte neben Dehn auch Riccardo Sturm. Die Täter demolierten Autos und legten im Treppenhaus Feuer. BewohnerInnen konnten sich nur noch auf das Dach flüchten.

Einen von zahlreichen traurigen Höhepunkten neonazistischer Mordlust erlebte die Stadt Leipzig Ende August 1992, als etwa 100 Neonazis, darunter Hooligans aus Leipzig und Rostock, zunächst erfolglos versuchten, eine Asylunterkunft in Grünau anzugreifen. Später in der Nacht brannten etwa 30 Neonazis in Holzhausen Zelte nieder, in denen sich 50 Asylsuchende befanden. Diese konnten sich glücklicherweise rechtzeitig retten, mussten danach jedoch teils durch AnwohnerInnen vor den Neonazis versteckt werden. Nach der Aktion wurden lediglich sechs Personen festgenommen, darunter Dehn. Die anderen Brandstifter konnten flüchten, manche in gestohlenen Autos. Noch in derselben Nacht wurden Brandsätze auf eine Asylunterkunft in Markkleeberg sowie auf das Conne Island geworfen.

Der Vorfall vom Montag weist erhebliche Parallelen zum Messerattentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker zwei Tage zuvor auf.

Kevin Dehn und Frank Steffen sind gleich alt, nutzten die gleiche Waffe, waren bereits in den Neunziger Jahren als Neonazis aktiv und pflegten engen Kontakt zur FAP. Danach wurde es zunächst ruhig um die keinesfalls geläuterten Täter – bis die von Pegida und NPD ins Rollen gebrachte Welle rassistischer Hetze der vergangenen Monate und Jahre sie wieder auf die Straße brachte.

https://www.inventati.org/leipzig/?p=3807; 21.10.15

Kevin Dehn (Mitte) und ein weiterer Angreifer (rechts) vor der gemeinsamen Fahrt zum Pegida-Aufmarsch am 19. Oktober 2015. Foto: docu.media.

noch einmal auflehnen werden, ist fraglich. Es ist denkbar, dass Petry sich der neuen Linie, die in Richtung einer faschistischen Sammlungspartei tendiert, aus Opportunismus anschließt.

Wenn die Flüchtlingsdebatte abgeebbt ist und andere Themen im Vordergrund stehen, wird die Zustimmung für die AfD vermutlich wieder sinken. Dennoch war ihre Möglichkeit, sich im Parteiensystem festzusetzen, niemals so groß wie jetzt. Sie hat allerdings nur Chancen, wenn es ihr gelingt, den diffusen Protest gegen Migration in eine grundsätzlich oppositionelle Haltung gegenüber den etablierten Parteien zu kanalisieren. Ein Abgleiten der Gesamtpartei in eine rechtsextremistische Richtung würde das erschweren.

F ■

1 Nach verschiedenen Zeitungs- wie auch Twitter-Meldungen. Siehe auch: mdr sachsen-Anhalt heute, 15.10.15, Minute 12:15 bis 15.00..
2 „Kombinat Fortschritt", 18.10.15.
3 Ostsee-Zeitung Online, 17.10.15.
4 Nach Twitter-Meldungen sowie Der Standard Online, 17.10.15.
5 Störungsmelder/Zeit Online, 24.10.15.
6 Klartext, rbb Online, 14.10.15.
7 Mitteldeutsche Zeitung Online vom 13.10.15.
8 Günther Jauch, Talkshow, 18.10.15.
9 Schreiben von Petry und Meuthen vom 21.10.15, auf der AfD-FB-Seite.
10 Maybritt Illner, Talkshow, ZDF, 22.10.15.
11 FAZ, 22.10.15.
12 AfD-Pressekonferenz, 9.10.15.

Attentäter von OB-Kandidatin ist ein bekannter Nazi

Der Attentäter Frank S., der am Samstag, den 17.10, auf die OB-Kandidatin Henriette Reker eingestochen hat und weitere vier Personen verletzt hat, ist ein bekannter Nazi.

In den 90 er Jahren war der damals in Bonn-Beuel wohnende S. in der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) organisiert, die 1995 verboten wurde. Frank S. war bundesweit auf Naziaufmärschen zu sehen. Die FAP hatte in Bonn eine starke Kameradschaft, die, nach eigenen Angaben, 200 Personen organisiert hatte. Die FAP verstand sich als Nachfolgeorganisation der SA. Der immer noch bekannte Nazi Norbert Weidner war Vorsitzender des „Gau Rhein-Sieg" und zweiter Mann in der Partei hinter Friedhelm Busse. Busse war bis zu seinem Lebensende überzeugter SS- Mann und verurteilter Rechtsterrorist. Die FAP war bundesweit als Brandstifter aktiv z.B. in Rostock-Lichtenhagen und Teil eines weltweiten rechts terroristischen Netzwerkes.

Generation Terror

Die menschenverachtenden Täter der 90er Jahre wurden juristisch kaum verfolgt und ihre Taten wurden durch die Justiz als Taten von „verrückten Einzeltätern" verklärt und entpolitisiert. Dass die Nazis der 1990er Jahre zu einem Teil immer noch das gleiche Gedankengut haben bemerken wir zum Beispiel bei dem Waffenhändler Ralf Tegethoff, der Mitorganisator des jährlich stattfindenden Naziaufmarsches in Remagen ist und Ausbilder der inzwischen verboten Kameradschaft Aktionsbüro Mittelrhein war. Der ehemalige Chefnazischläger Norbert Weidner ist heute in der rechtsextremen Burschenschaft der Raczeks zu Bonn aktiv.

Frank S. wurde durch diese Generation Terror geprägt und sein Anschlag in Köln zeigt auf gewalttätige Weise, dass sein rassistisches Weltbild gleich geblieben ist. S., der direkt nach seiner Tat festgenommen wurde, gab selber an, dass er die Tat aus fremdenfeindlichen Motiven begangen hat. Während noch darüber spekuliert wird, welches Motiv hinter der Tat steckt, sind wir uns sicher, welches Geistes Kind Frank S. ist.

Frank S. war ein organisierter Nazi in einer rechtsterroristischen Organisation, die in den 90ern offen dazu aufrief, Flüchtlingsheime anzuzünden. Die Verdrängung des rechten Roll-Backs der 90 er Jahre hat unsere Gesellschaft nicht wachsam bleiben lassen. Die Nazis dieser Zeit sind immer noch aktiv, als Ausbilder, rechte Hetzer oder wie diese Tat zeigt, als Mörder.

Die Polizei ermittelt in alle Richtungen: Polizeipräsident Wolfgang Albers: „Wir ermitteln daher auch in diese Richtung." Bislang fiel der Mann nicht als Rechtsextremer auf, Chef-Ermittler Wagner: „Derzeit haben wir keine Erkenntnisse, ob er in einer Partei oder Organisation aktiv ist. Auch keine polizeilichen Erkenntnisse in diese Richtung."

Quelle: Antifa Bonn Rhein-Sieg. 17.10.2015 / https://linksunten.indymedia.org ■

www.nsu-nebenklage.de

Ein Hinweis auf eine weitere Unterstützerin, und wohl weitere Aufklärungsverweigerung durch das Gericht.

Heute (*20.10.)* wurde ein DNA-Gutachten zur Identifizierung der Leiche von Uwe Böhnhardt verlesen. U.a. war dafür auch ein im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach gefundener rosa Kinderschuh untersucht und eine bisher unbekannte weibliche DNA gefunden worden. Zusammen mit der Aussage einer Zeugin, dass bei der Abholung des Wohnmobils eine weitere Frau mit ihrer Tochter dabei war, spricht dies für die Existenz von mindestens einer weiteren, bisher unbekannten Unterstützerin.

Schließlich verlas das Gericht die Aussage des V-Manns „Tarif", Michael See, bei der Generalbundesanwaltschaft. Dies geschah im sog. Freibeweisverfahren – die Verlesung diente also nicht der Beweisaufnahme zu dem, was See ausgesagt hat, sondern soll die Entscheidung über den Beweisantrag der Nebenklage, See als Zeugen zu laden, vorbereiten. Der Senat will also anscheinend auch diesen Antrag ablehnen – auch dies eine klare Absage an eine ernstgenommene Aufklärung: Immerhin hat See ausgesagt, er sei von Tino Brandt gefragt worden, ob er Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe aufnehmen bzw. verstecken könne. Dies habe er seinem V-Mann-Führer auch unmittelbar mitgeteilt. Anstatt dass die Behörden die Chance genutzt hätten, die drei festnehmen zu lassen, habe man ihn angewiesen, Brandt abzusagen. …

Zu den Ausspähnotizen des NSU: Einblick in die strategischen Planungen des NSU?

22.10.2015

Der letzte Zeuge des Tages, BKA-Beamter, hatte Karten und Adresslisten zu verschiedenen Städten ausgewertet. Während der Stadtplan zu Zwickau keine erkennbaren Anschlagsziele enthielt, enthielten die Stadtpläne zu München und Nürnberg/Erlangen/Fürth diverse solche Einträge. So befand sich in einer Liste zu Nürnberg auch – handschriftlich nachgetragen – der Tatort des Mordes an İsmail Yaşar im Juni 2005. Daneben fanden sich u.a. türkische und muslimische Vereine, Unterkünfte für Asylsuchende, Parteieinrichtungen von PDS bis CSU sowie diverse Waffengeschäfte. Einige Einträge zeugen von intensivem persönlichem Ausspähen („Tür offen ohne Schlüssel, Keller zugänglich").

Diese Notizen, die alle etwa aus der Zeit Ende 2004/2005 stammen, erlauben einen Einblick in die weiteren Ziele und Pläne des NSU: Während man bis dahin türkeistämmige Kleingewerbetreibende ermordet und Sprengstoffanschläge gegen „Ausländer" gemacht hatte, rücken jetzt mit Asylsuchenden einerseits und VertreterInnen des Staates bzw. des „Systems" andererseits neue Ziele in den Blick. Auffällig ist auch, wie viele Waffengeschäfte sich in der Liste finden – dabei hatte der NSU für seine eigenen Zwecke mehr als genug Waffen zur Verfügung und hatte diese auch, soweit feststellbar, in Waffengeschäften weder gekauft noch dort gestohlen oder geraubt.

All dies lässt den Schluss zu, dass es hier darum ging, den nächsten Schritt nach der Ceska-Mordserie zu planen. Die Vielzahl der gesuchten Ziele in verschiedensten Städten sowie die Markierung von Waffengeschäften lässt es naheliegend erscheinen, dass der NSU sich selbst in Zukunft in der Rolle einer „Superzelle" sah, die andere Zellen anleitet – ähnlich wie im Roman „Die Turner-Tagebücher" von William Pierce beschrieben, wo eine geheime Kommandozentrale, dort „The Order" genannt, den einzelnen „Zellen" Anschlagsziele vorgibt und gemeinsame Aktionen koordiniert.

www.nsu-nebenklage.de ■

Rechtsextrem regierte Rathäuser

Terrordrohungen und Rassismus. Erstmals wurde jedoch ein FN-Bürgermeister verurteilt

Am 6. und 13. Dezember 2015 wählt ganz Frankreich seine Regionalparlamente (in den dreizehn neuen Großregionen, in denen künftig die bislang 22 Regionen zusammengefasst werden). In zweien dieser Regionen, in der neuen Großregion Nord-Pas de Calais-Picardie (NPDCP) in Nordostfrankreich sowie in PACA oder Provence-Alpes-Côte d'Azur im Südosten des Landes, werden dem Front National hohe Siegeschancen vorausgesagt. In beiden Fällen treten Parteiprominente, die 47jährige Chefin Marine Le Pen sowie deren Nichte – die 25jährige Parlamentsabgeordnete Marion Maréchal-Le Pen –, als Spitzenkandidatinnen an. Inzwischen hat auch der schmollende Vater respektive Großvater Jean-Marie Le Pen, seit dem 20. August d.J. aus der Partei ausgeschlossen, sein Beleidigtsein zurückgestellt und einen Aufruf zur aktiven Unterstützung von Marion Maréchel-Le Pen und ihrer Kandidatur in der Südostregion PACA gestartet.

Vor allem aber Marine Le Pen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Wahlsieg in Nordostfrankreich vorhergesagt: Laut aktuellen Umfragen würde ihre Liste, falls drei konkurrierende Wahlvorschläge in die Stichwahl einziehen, mit 46 Prozent deutlich an der Spitze liegen und den Sieg in der Region davontragen. Treten nur zwei Listen (Konservative und FN) in der zweiten Runde an, dann würde die des FN demnach mit 52 Prozent gewinnen.

Vor diesem Hintergrund entspann sich in der abgelaufenen Woche eine heftige Mediendebatte. Am Abend des Donnerstag, 22. Oktober 2015 sollte Marine Le Pen in die Talkshow und Polit-Prominentensendung „Des paroles et des actes" (ungefähr: „Von Worten und Taten") des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders France-2 eingeladen werden. Dort ist die FN-Chefin aber äußerst überproportional vertreten: Von bislang stattgefundenen 23 Ausgaben der Sendung hatte sie an nicht weniger als fünf teilgenommen, mehr als jede/r andere Politikprominente. Die Parteichefs von Sozialdemokratie und Konservativen, Jean-Christophe Cambadélis und Nicolas Sarkozy, schlugen daraufhin Krach und kündigten die Einschaltung des CSA, der französischen Fernseh-Aufsichtsbehörde, an. Daraufhin entschied die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt, neben Marine Le Pen – weil diese aktuell im Wahlkampf stehe – auch ihre beiden regionalen Gegenkandidaten von den beiden großen etablierten Parteien einzuladen. Marine Le Pen erklärte daraufhin in einem Pressekommuniqué, sie lasse sich dies nicht bieten, und sagte ihre Teilnahme am Spätnachmittag ab. Die Sendung wurde daraufhin, zwei Stunden vor ihrer geplanten (Live-)Ausstrahlung, annulliert.

Um sich eine Vorstellung davon zu machen, was es bedeuten würde, falls mehrere Millionen Menschen solcherart unter FN-Regierung kämen – auch wenn die Regionen nur begrenzte Vollmachten haben –, lohnt sich ein Blick auf die Praktiken in den Kommunen in Frankreich, in denen heute bereits rund 450 000 Einwohner/innen unter rechtsextremer Verwaltung leben.

Beleidigungen, Drohungen

Der Ton wird rauer. Drei Opponentinnen und Opponenten gegen den rechtsextremen Bürgermeister Robert Ménard (parteilos, doch vom Front National unterstützt) in Béziers erhielten Todesdrohungen, wie die Zeitung Midi Libre am Samstag, den 24. Oktober d.J. berichtet. Es handelt sich um den der französischen KP zugehörigen Kommunalparlamentarier Aimé Couquet sowie um die NGO-Aktiven Lynda Mendi-Hamadi und Mehdi Roland.

Alle drei erhielten einen Brief mit dem Absender „Ku Klux Klan". Das Schreiben, das mit zweifelhafter Rechtschreibung abgefasst wurde, enthält eine Abbildung, auf der sich ein KKK-Mann mit weißer Kapuze und ein anderer Mann mit der Aufschrift „White League" die Hand reichen. Im Hintergrund sieht man einen hängenden Schwarzen. In dem Brief wird den drei Empfänger/inne/n ihr „vorprogrammierter Tod" angekündigt; eine von ihnen wird ferner als „Araberhure" bezeichnet, und es wird ihr angekündigt, „wie eine Palästinenserin (zu) krepieren". Neben der Zugehörigkeit mindestens eines der Empfänger zur französischen KP wird ihnen auch ihr pro-palästinensisches Vereinsengagement zur Last gelegt. Jedenfalls in der französischen Mittelmeerregion ist die französische extreme Rechte, die dort überwiegend vom früheren Kolonialverhältnis in Algerien geprägt ist (viele ihrer Wähler/innen dort sind frühere Kolonialsiedler in Nordafrika, die 1962 umsiedelten, und die Familie Robert Ménards zählte zum pro-kolonialistischen und terroristischen OAS-Milieu), auf ausgeprägte Weise pro-israelisch. Der Staat Israels war damals der engste Verbündete Frankreichs im Kampf gegen die Entkolonialisierung in den „arabischen" (in Wirklichkeit arabisch-berberischen) Ländern Nordafrikas.

Zuvor waren die solcherart Bedrohten in der vom Rathaus herausgegebenen kommunalen Monatszeitung Le journal de Béziers heftig angegriffen und als „Chefs der Unruhestifter/Störenfriede im Stadtrat" bezeichnet worden1. Auch wurde versucht, sie als „Antisemiten" hinzustellen, was von Seiten der extremen Rechten beinahe lustig wäre, wenn es nicht ein derartiges Ausmaß an Unverschämtheit darstellen würde. Aus Anlass des Skandals, den das Bekanntwerden des Drohbriefs auslöste, erinnerte die Liga für Menschenrechte (LDH) – eine der traditionsreichsten französischen Vereinigungen, die 1889 aus Anlass der Dreyfus-Affäre gegründet wurde – an eine andere „Leistung" des Rathauszeitung von Béziers. Aus Anlass eines juristischen Siegs von Bürgermeister Ménard gegen die LDH, es ging um deren Klage gegen das Aufstellen einer Krippe in der Eingangshalle des Rathauses (was in Frankreich wegen des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat an einem solchen Ort untersagt ist, die Klage wurde jedoch in Montpellier abgewiesen) triumphierte der Neofaschist dort. Den Artikel begleitete eine Zeichnung, auf der ein sitzender Mann mit Hosenträger einer – im Bild mit einem Bikini bekleideten – Frau den Hintern versohlt2. Solche Fantasien und Fantasmen nährt ein Robert Ménard… Den Mann rechnete man übrigens dereinst, in den 1970 Jahren, zur (radikalen) Linken. Später machte er als NGO-Chef, als Vorsitzender von „Reporter ohne Grenzen" (Reporters sans frontières/RSF) in den 1990er Jahren Karriere, um dann aber einen scharfen Rechtsruck hinzulegen und an die kolonialrassistisch/rechtsextremen Ursprünge seiner Familie wieder anzuknüpfen.

Erstmals FN-Bürgermeister strafrechtlich verurteilt

Am 22. September dieses Jahres wurde erstmals ein amtierender rechtsextremer Bürgermeister strafrechtlich verurteilt. Julien Sanchez, der junge FN-Rathauschef in Beaucaire, Anfang dreißig, muss deswegen 1.500 Geldstrafe bezahlen. Es ging um die Beleidigung einer CGT-Gewerkschafterin mit Namen Sylvie Polinière. Der FN-Bürgermeister hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Im Frühsommer 2014 hatten mehrere gewerkschaftlich organisierte Lehrer/innen sich geweigert, an der Sitzung einer

Schulleitung im Beisein des rechtsextremen Lokalpolitikers teilzunehmen, und hatten den Raum verlassen. Julien Sanchez selbst stellte deswegen eine Strafanzeige – wegen „Beleidigung eines Amtsträgers“, die am 27. Januar 2016 zur Verhandlung kommen wird. In Reaktion auf den angeblichen Affront hatte der Bürgermeister von Beaucaire damals ein Pressekommuniqué veröffentlicht, in welchem er über „unerzogene, verbitterte, privilegierte und sektiererische Gewerkschafter“ herzog, „deren Verhalten dem der ‚racaille’ in nichts nachsteht“. Der letztgenannte französische Begriff bedeutet ungefähr so viel wie „Gesocks“, und in rechten Kreisen werden mit ihm bevorzugt Jugendliche aus proletarischen Vierteln oder Vorstädten mit Migrationshintergrund belegt.

Als Antwort auf das Urteil erklärte Sanchez, er bleibe bei seiner Haltung und schere sich nicht um das Urteil: „Sie können mich ruhig verurteilen und eine Guillotine vor dem Gericht aufstellen ich werde weiterhin sagen, was ich zu sagen habe.“

Ein anderer rechtsextremer Bürgermeiste, der von Béziers mal wieder, hat in ähnlichem Zusammenhang Ärger bekommen. Am 24. September 2015 beleidigte er einen Lehrer in seiner Stadt, der sich geweigert hatte, ihm die Hand zu geben – und ihm stattdessen mündlich ‚Guten Tag‘ sagte -, als ‚petit con‘ (sinngemäß: Vollidiot) und drohte ihm an, er werde seine Strafversetzung weg aus der Stadt veranlassen. Zudem stellte er ihm, je nach Quelle, „eine Ohrfeige“ oder „zwei Ohrfeigen“ in Aussicht, welche er sich redlich verdient habe.

Mehrere Gewerkschaften im Bildungssektor, auf nationaler Ebene zuerst SUD Education und UNSA Education, reagierten scharf auf den Vorfall. Und schalteten das Bildungsministerium ein, dessen regionale Abteilung in Montpellier dem betroffenen Lehrer Rechtshilfe für seinen künftigen Prozess zusagte. In einer Presseaussendung vom 28. September d.J. Versuchte Ménard dann zurückzurudern. Er stellte sich darin als Opfer dar („Sich vor Zeugen einen Handschlag verweigern zu lassen, ist eine besonders gewalttätige Sache für das Opfer“, „Ich fühlte mich angegriffen, und es war ein grundloser Angriff“), aber stellte sich dann die rhetorische Frage: „Hätte ich mich der Wortwahl am Ende des Wortwechsels enthalten sollen? Ja, ich räume es bereitwillig ein.“ Nun, Leidtun klingt anders.

Rassismus

Einen besonderen Anlass, um ihre wahre Gesinnung – hinter der ansonsten gern aufgesetzten Maske des konstruktiv regierenden Biedermanns – zur Schau zu tragen, bot den rechtsextremen Bürgermeistern und Kommunalregierungen in jüngster Zeit das muslimische Opferfest Aid el-Kebir. Es fand in diesem Jahr in der letzten Septemberwoche statt.

In Mantes-la-Jolie, einer rechtsextrem regierten Stadt rund fünfzig Kilometer westlich von Paris-Zentrum, musste sich die örtliche muslimische Vereinigung AMMS durch die Instanzen gegen die Kommunalverwaltung durchklagen. Letztere hatte es abgelehnt, ihr Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, um die Feierlichkeiten auszurichten, zu denen rund 1000 Menschen erwartet wurden. Mehrere an das Rathaus gerichtete Schreiben vom 6. Mai, 3. Juni und 1. August 2015 blieben sämtlich unbeantwortet.

Die muslimische Gemeinde sprach von einem diskriminierenden Ablehnungsbescheid – im französischen Verwaltungsrecht wird das über einen bestimmten Zeitraum hinaus gewahrte Schweigen automatisch als Ablehnung gewertet – und rief das Verwaltungsgericht in Versailles an. Dieses wies die Klage jedoch qm 21. August ab. Am 23. September 2015, am Tag vor dem Beginn des mehrtägigen Fests, gab dann jedoch der „Conseil d’Etat“ – ungefähr mit dem deutschen Bundesverwaltungsgericht vergleichbar – der muslimischen Gemeinde in einer Eilentscheidung Recht. Das Rathaus wurde dazu gezwungen, ihr Räumlichkeiten für den folgenden Tag zur Verfügung zu stellen. Da die Kommune es jedoch geschafft hatte, die meisten öffentlichen Räumlichkeiten an dem Tag belegen zu lassen, blieb nur noch ein Zeitfenster dafür von 8 bis 9 Uhr früh übrig.

In Fréjus an der Côte d’Azur, der zweitgrößten FN-regierten Stadt nach Béziers, befinden sich die muslimische Vereinigung El-Fath und die Stadt seit Monaten im Rechtsstreit um die Eröffnung einer Moschee. Deren Errichtung war durch die (konservative) Vorgängermannschaft im Rathaus im Jahr 2011 genehmigt worden. Die aktuelle Rathausregierung beruft sich jedoch auf angebliche bauliche Mängel, Sicherheitsprobleme und diverse andere Vorwände, um deren Eröffnung hinauszuzögern und tunlichst ganz zu verhindern. Zwiuschenzeitlich wurde der Bau jedoch von Experten als sicherheitskonform erklärt, der Rechtsstreit darum läuft jedoch.

Im Juni dieses Jahres hatte die muslimische Gemeinde beantragt, den Moscheebau während es Opferfests von Ende September zumindest für einen Tag dem Publikum öffnen zu dürfen. Das Rathaus reagierte mit kalter Ablehnung. Auch hier musste der muslimische Verband klagen, und bekam am 19. September 2015 vor dem Verwaltungsgericht in Toulon daraufhin Recht.

Die rechtsextreme Rathausführung reagierte darauf nun jedoch, indem sie zur Abhaltung eienr Kundgebung am Abend des 24. September – dem ersten Tag des muslimischen Opferfests – ab 18 Uhr in räumlicher Nähe zur Moschee aufrief. Dazu kamen, je nach Angaben, zwischen 200 und 500 Menschen. Bürgermeister David Racheline (ansonsten als Freund oder ehemaliger Freund des prominenten Antisemiten Alain Soral bekannt) trat dort als Redner auf. Und kündigte die Abhaltung eines „Referendums“, also einer Abstimmung, in „seiner“ Stadt an. Dabei soll demzufolge dem Stimmvolk folgende Frage vorgelegt werden: „Wollen Sie eine Moschee in Fréjus?“ In dem Falle hat die Sache zumindest einen Vorzug: Die Dinge sind nun klar auf den Punkt gebracht – es geht den Rechtsextremen im Rathaus eindeutig um das Prinzip selbst, und keineswegs etwa um einzelne Eigenschaften des Baus.

In Hayange (Lothringen) stellte der 36jährige FN-Bürgermeister Fabien Engelmann kurz vor der Eröffnung des muslimischen Opferfests – bei dem üblicherweise Schafen und Ziegen geschlachtet werden, in Erinnerung an „das Opfer Abrahams“ – eine Kurznachricht bei Twitter ein. Darin sah man ihn von mehreren Vierbeinern umgeben. Die Nachricht belehrte das Publikum darüber, dass es sich um vier prospektive „Opfer von Aid el-Kebir“ handelte, welche der Bürgermeister „gerettet“ habe: Er hatte die armen Viecher aufgekauft, welche er nun einem Tierheim spenden wolle.

Engelman ist zwar selbst als Vegetarier und militanter Tierschützer bekannt, doch hatte ihn dies nicht daran gehindert, am 7. September 2014 und erneut am 6. September dieses Jahres jeweils ein „Fest des Schweins“ („La fête du cochon“) in den Straßen seiner Stadt zu zelebrieren. Dabei wurde die arme Sau nicht nur gefeiert, sondern auch – und in großem Ausmaß – verzehrt. Praktischer Nebeneffekt dabei: Ein Fest mit solcher kulinarischer Ausrichtung muss ohne Muslime auskommen (übrigens auch ohne Juden, aber Engelmann hat nachweislich vor allem mit muslimischen Menschen ein Problem). Daran rührte sich die tierschützerische Seele Engelmanns nicht. Wie heißt es nicht bereits bei George Orwell so schön?:Alle Tiere sind gleich. Aber einige sind gleicher als die anderen.

Bernard Schmid (Paris)

1 Vgl. http://www.francetvinfo.fr/politique/robert-menard/beziers-des-opposants-a-robert-menard-menaces-de-mort_1144561.html#xtor=AL-67

2 Vgl. zum Inhalt der Auseinandersetzung: http://www.lesinrocks.com/2015/08/06/actualite/robert-menard-et-ses-fantasmes-misogynes-dans-le-journal-de-beziers-11765425/, und zur Abbildung: selbe Quelle wie in Fußnote 1.

Rund 1500 demonstrierten gegen neue Aylgesetz

„Niemand flieht ohne Grund – Solidarität statt Asylrechtsverschärfung"

FREIBURG. Kälte und Regenwetter zum Trotz demonstrierten an die 1500 Menschen heute in Freiburg gegen das gestern beschlossene Asylbeschleunigungsgesetz. Gemeinsam zogen sie durch die Innenstadt: Flüchtlinge – darunter viele Roma aus dem Westbalkan und auch BewohnerInnen der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA) –, UnterstützerInnen und flüchtlingssolidarische Gruppen, so die Rasthausgruppen und Mitglieder des baden-württembergischen Flüchtlingsrats. Aufgerufen hatte das Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung.

Quelle: Pressemitteilung des Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung 17.10.2015 ■

Asylbeschleunigung – Abschiebung– Selektive Integration

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ist mit Blick auf das sogenannte Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes sehr besorgt. Wider besseres Wissen hat der Bundesrat am 16.10.2015 das Gesetz abgenickt. Mit seinem Inkrafttreten, geplant am 1.11.2015 *(vorgezogen auf 25.10.2015; Red.)*, gehen eine ganze Reihe von Restriktionen einher, die sowohl verfassungsrechtlich bedenklich sind, als auch die Ziele des schleswig-holsteinischen Flüchtlingspaktes aus Mai 2015 erheblich desavouieren.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. ist enttäuscht, dass die Kieler Landesregierung nicht dem guten Beispiel Niedersachsens gefolgt ist, das sich bei der Abstimmung über das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz im Bundesrat enthalten hat.

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein 16.10.2015 ■

Ein schwarzer Tag für das Asylrecht

„Die Asylrechtsverschärfung, die heute im Bundesrat ihren Abschluss gefunden hat, ist ein grundlegender Schritt in die völlig falsche Richtung. Dieses Gesetzespaket wird viel Leid und Ungerechtigkeit verursachen, und nichts zu einer menschenwürdigen Aufnahme und einer tatsächlichen Integration von Flüchtlingen beitragen," äußert sich Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE, anlässlich der heutigen Zustimmung des Bundesrates zum Asylpaket. Jelpke weiter:

„Völlig unverständlich ist immer noch, wieso die Grünen ein Integrationsverhinderungsgesetz mitgetragen oder zumindest durchgewunken haben, anstatt sich mit uns zusammen im Schulterschluss klar dagegen zu positionieren. Dieses Maßnahmenpaket schafft die Grundlage für eine noch weitergehende Diskriminierung und Entrechtung ganzer Flüchtlingsgruppen, insbesondere der Westbalkanflüchtlinge. Es bringt die monatelange Kasernierung von Schutzsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen mit sich, verfassungswidrige Leistungskürzungen und unangekündigte Abschiebungen – um nur einige Punkte zu nennen. In der Flüchtlingspolitik setzt Deutschland nun mehr denn je auf Abschottung und Desintegration."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 16.10.2015 ■

Auch Bundesrat beschließt Verfassungsbruch

Der nordrhein-westfälische Flüchtlingsrat und weitere Flüchtlingsräte der Bundesländer kritisieren den Bundesrat, sich am offenen Verfassungsbruch zu beteiligen.

„Die beschlossenen Gesetzesverschärfungen sind in höchstem Maße menschenfeindlich!", so Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW.

In dieser Woche hat die Bundesregierung das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz" im Eilverfahren durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht. Soeben hat der Bundesrat den Gesetzesentwurf verabschiedet. Damit ist die letzte Hürde für die zweite massive Asylrechtsverschärfung innerhalb eines Jahres genommen.

Der Flüchtlingsrat NRW e.V. und weitere Landesflüchtlingsräte kritisieren, dass die geplanten Gesetzesänderungen nicht zur Lösung der Probleme beitragen. Stattdessen setzen sie einseitig auf Abschreckung und sind in Teilen schlicht verfassungswidrig.

„Der Bundesrat hat sich heute, auch mit Stimmen rot-grün regierter Länder, am offenen Verfassungsbruch beteiligt. Der Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum ist gekippt", kritisiert Naujoks.

Die Gesetzesverschärfungen treffen geduldete Flüchtlinge besonders hart. Ein großer Teil von ihnen soll zukünftig nur noch „Leistungen zur Deckung ihres Bedarfs an Ernährung und Unterkunft einschließlich Heizung sowie Körper-und Gesundheitspflege" erhalten. Jegliches Bargeld soll ihnen gestrichen werden, auch eine Arbeitserlaubnis sollen sie nicht erhalten.

Damit wird ihnen nicht nur das „soziokulturelle Existenzminimum" entzogen, das laut Bundesverfassungsgericht bar ausbezahlt werden muss. Auch das „physische Existenzminimum" wird unter das vom Verfassungsgericht festgelegte Niveau abgesenkt.

„Viele der geduldeten Flüchtlinge sind bereits jetzt völlig verzweifelt angesichts ihrer Perspektivlosigkeit. Diese Verzweiflung wird noch weiter zunehmen, wenn man bei diesen Menschen die Daumenschrauben noch weiter andreht. Die Bereitschaft zur Ausreise wird dadurch trotzdem nicht steigen, denn die Menschen können nicht in ihre Herkunftsländer zurück. Die beschlossenen Verschärfungen sind deshalb in höchstem Maße menschenfeindlich. Wir werden betroffene Flüchtlinge dabei unterstützen, gerichtlich gegen diese verfassungs-widrige Neuregelung vorzugehen", erklärt Birgit Naujoks abschließend.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen 16.10.2015 ■

Unerträgliche Situation in Bramsche-Hesepe

Offener Brief an die Landesaufnahmebehörde, das Landesinnenministerium und die Landesregierung

Asylsuchende schlafen in unbeheizten Zelten

Das Problem ist nicht neu: Geflüchtete, Unterstützer*innen und Aktivist*innen kritisieren die Art und Weise der Unterbringung im Flüchtlingslager Bramsche-Hesepe schon seit Jahren. Zwar wurde das Lager 2014 in eine Erstaufnahmeeinrichtung umgewandelt, damit reduzierte sich die verpflichtende Aufenthaltsdauer auf drei Monate – dennoch gibt es immer noch zahlreiche Menschen, die deutlich länger in der Einrichtung leben müssen.

Mit der seit etwa zwei Jahren deutlich zunehmenden Anzahl Asylsuchender in Deutschland infolge weltweiter Krisen stieg auch die Belegungszahl in Bramsche-Hesepe. Schon seit längerer Zeit behilft sich die Landesaufnahmebehörde mit Containern. Die Turnhalle, Schulungsräume und mittlerweile selbst Flure wurden zu Schlafstätten für Menschen, die bei uns Schutz suchen, indem sie das Grundrecht auf Asyl in Anspruch nehmen.

Symptom eines schon länger andauernden Missstands: Bramsche-Hesepe ist seit mindestens zwei Jahren konstant überbelegt. Im Sommer 2015 besuchte Landesinnenminister Boris Pistorius die Erstaufnahmeeinrichtung in Bramsche-Hesepe und kündigte Entlastung an. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Lage vor Ort ist entsetzlich. Asylsuchende müssen in unbeheizten Zelten schlafen – bei Temperaturen, die in der Nacht bis zum Gefrierpunkt fallen. Innenminister Pistorius machte sich zuletzt bei einem Pressetermin mit Til Schweiger dafür stark, „Vorzeige-Flüchtlingsheime" in Nieder-

sachsen einzurichten. Hier ging es um die Einrichtung von Fitness- und Schulräumen in der Erstunterkunft in Osnabrück, Man ist versucht sich die Frage zu stellen, ob es hier lediglich ums eigene Image ging – denn aktuell ist die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Niedersachsen nicht vorzeigbar, sondern beschämend. Und Bramsche-Hesepe ist ein trauriges Beispiel dafür.

Ziel muss sein, die Aufenthaltsdauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen so kurz wie möglich zu halten. Solange die Landesregierung dies nicht schafft, muss wenigstens für eine menschenwürdige Unterbringung in den Lagern gesorgt werden. Dazu gehört auch, allein reisende Frauen in geschützten Räumen unterzubringen und für abschließbare und sichere Sanitäranlagen für Frauen zu sorgen.

Wir fordern deshalb die Landesaufnahmebehörde, das Landesinnenministerium und die Landesregierung auf: Schaffen Sie endlich eine menschenwürdige Unterbringung für Asylsuchende!

Maria Braig für den Exil e.V. – Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge
Osnabrück, 14.10.2015 ■

Merkel schiebt ab

„Der neue Anti-Asyl-Plan der Kanzlerin spricht eine ganz andere Sprache als ihr ‚Wir schaffen das' nur wenige Wochen zuvor. Was da geplant ist, wirft alle rechtsstaatlichen und humanitären Grundsätze über den Haufen", äußert sich Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu Medienberichten über den sogenannten Anti-Asyl-Plan der Kanzlerin. Jelpke weiter:

„Wenn es bei der Flüchtlingspolitik in erster Linie nur noch um die Frage geht, wie möglichst viele Menschen möglichst schnell wieder abgeschoben werden können, dann ist das Abschottung in Reinform und die Missachtung jeglicher humanitären Werte und Verpflichtungen. Dies betrifft insbesondere Überlegungen, Abschiebehindernisse künftig möglichst zu ignorieren, Duldungen restriktiver zu handhaben und exterritoriale Abschiebezentren einrichten zu wollen, in denen dann offenbar die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt werden soll. Es ist alarmierend, wie sehr dieses Programm der Pegida-Hetze nach dem Mund redet.

Die Bundesregierung muss dringend wieder auf den Boden der Verfassung zurückfinden. Dazu gehört auch, davon Abstand zu nehmen, die Bundeswehr künftig bei Abschiebungen einzusetzen. Abschiebungen sind polizeiliche Maßnahmen, für die der Bundeswehr jegliche Befugnisse fehlen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de
21.10.2015 ■

Stop Deportation – Equal Rights for Refugees!

Aktionstage in Karlsruhe

Flüchtlingsrat unterstützt die Aktionstage am 30. und 31. Oktober

Verschiedene politische und zivilgesellschaftliche Gruppen rufen zu den Aktionstagen der antirassistischen Bündnisse in Baden-Württemberg auf. Die Organisatoren fordern einen besseren europäischen und deutschen Umgang mit geflüchteten Menschen. Sie betonen auch „Das Problem sind nicht die Flüchtlinge – sondern die Fluchtursachen!".

Die Aktionstage des landesweiten Bündnisses werden bewusst in Karlsruhe organisiert. Von hier wird die Verteilung der Flüchtling in Baden-Württemberg, aber auch deren Abschiebung, organisiert. Auch das neue „Drehkreuz" Heidelberg (wo in Zukunft voraussichtlich nach „guten und schlechten" Flüchtlingen sortiert werden soll) und die baldige Abschiebehaft in Pforzheim befinden sich in nächster Nähe.

Konkrete Forderungen der Aktionstage sind:

- Sofortiger Zugang zu Sprach- und Bildungsangeboten und Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende!
- Dezentrale Unterbringung der Geflüchteten mit Zugang zu urbaner Infrastruktur!
- Nutzung leer stehender Immobilien anstatt Zeltlagern!
- Keine Unterscheidung in politisch oder wirtschaftlich begründeter Flucht!
- Schaffung legaler Fluchtwege!
- Uneingeschränktes Recht auf Reise- und Bewegungsfreiheit!
- Bleiberecht für alle!
- Öffentliche Diskussion über Fluchtursachen und die Verantwortung der BRD und EU!
- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen!

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de
21.10.2015 ■

Roma-Familien obdachlos

Eine Gruppe von 150 Menschen, größtenteils Roma-Migrant_innen aus Rumänien, darunter Schwangere und Kinder, kampieren seit September vor dem Rathaus der französischen Stadt La Courneuve. Am 27. August waren sie aus der informellen Siedlung „Le Samaritain" vertrieben worden. Angesichts des anstehenden Wintereinbruchs benötigen die Männer, Frauen und Kinder sofort eine alternative Unterkunft.

Am 27. August wurde eine der ältesten informellen Siedlung Frankreichs, „Le Samaritain" in La Courneuve, in der ungefähr 80 Roma-Familien (ca. 300 Menschen) lebten, rechtswidrig zwangsgeräumt. Dies stellt einen Verstoß gegen internationale Menschenrechtsstandards dar.

Vor der Räumung fand keine Konsultation mit den Familien statt, und sie erhielten keine Informationen, wann diese genau stattfinden sollte. Am Tag der Zwangsräumung verwehrten die Beamt_innen den Familien die benötigte Zeit, um ihr Hab und Gut einzupacken. In der Folge verloren viele ihre Ausweisdokumente.

Nur etwa ein Dutzend Menschen konnten wenige Tage in einem Hotel verbringen, während die übrigen obdachlos wurden. Seit der Zwangsräumung kampieren ungefähr 150 Menschen vor dem Rathaus. Viele von ihnen haben langfristige Arbeitsverträge und Kinder, die regelmäßig zur Schule gehen.

Angesichts des bevorstehenden Wintereinbruchs müssen diesen Menschen, die keinen Zugang zu Wasser und Sanitäranlagen und Schwierigkeiten beim Zugang zu medizinischer Versorgung haben, sofort angemessene Alternativunterkünfte zur Verfügung gestellt werden.

Quelle: http://www.amnesty.de
16.10.015 ■

Landtagsabgeordnete zur Abschiebehaft

Paderborn/Büren – „Warum wieder Abschiebehaft in Büren?" so das Thema des Informationsgesprächs zur Abschiebehaftanstalt mit einem Landtagsabgeordneten der Piraten am Dienstag, dem 20. Oktober, 19 Uhr in der Kulturwerkstatt Paderborn, Bahnhofstr. 64. Der Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V." hatte hierzu auch Abgeordnete aller Fraktionen im Landtag NRW eingeladen, die anderen Parteien haben jedoch abgesagt.

Seit dem 15. Mai 2015 ist die Abschiebehaftanstalt Büren wieder als „Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige" der Bezirksregierung Detmold eröffnet worden. Vorher hatte am 25. 7. 2014 der Bundesgerichthof (BGH) entschieden, dass in der früheren JVA Büren keine Abschiebehäftlinge mehr zusammen mit Strafhäftlingen untergebracht werden dürfen. Momentan wird im Landtag NRW ein neues Abschiebehaftvollzugsgesetz beraten, was Rechte und Pflichten der Inhaftierten festlegen soll.

„NRW inhaftiert 50 % der Abschiebehäftlinge in der Bundesrepublik. In allen ostdeutschen Bundesländern und Berlin gibt es nur 2 Häftlinge, hier in Büren sind es 50. Da hilft es auch nicht, dass die Haftbedingungen jetzt etwas besser geworden sind", so Frank Gockel, Pressesprecher des Vereins Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. Der Verein setzt sich seit 20 Jahren für die Abschaffung der Abschiebehaft ein.

Für die Diskussion mit dem Verein am Dienstag in der Kulturwerkstatt, zu der alle Interessierten eingeladen sind, war nur Dietmar Schulze von der Fraktion der Piraten bereit, nach Paderborn zu kom-

men. Die Partei fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Abschiebehaft zu unterstützen. Zumindest müsse in der Anwendung der Abschiebehaft Betreuung und Beratung statt Bewachung das Grundprinzip des geplanten Abschiebehaftvollzugsgesetzes werden.

Quelle: Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. 20.10.2015 ■

Hunger treibt Syrer aus Flüchtlingslager

Hilfskürzung für syrische Flüchtlinge sind laut dem Welternährungsprogramm ein wichtiger Grund für die steigenden Asylbewerberzahlen in Europa. „Es fällt schlichtweg auf, dass unsere, aber auch die Hilfen von anderen Organisationen seit diesem Jahr drastisch zurückgefahren werden mussten“, sagte der Leiter des Berliner WFP-Büros, Ralf Südhoff. „Und obwohl der Krieg und auch die Flüchtlingswelle seit vier Jahren anhalten, gab es nie zuvor so eine Fluchtwelle.“

Zwar habe man gerade neue Zusagen erhalten, aber das verbessere die weiterhin kritische Lage nur kurzfristig. Anfang 2015 musste das Hilfswerk laut Südhoff die monatlichen Lebensmittelrationen für die Flüchtlinge in Syrien kürzen. Die Pakete mit Nahrungsmitteln wie Teigwaren, Weizen, Salz und Öl lägen um rund ein Drittel unter dem tatsächlichen Bedarf. Die kleineren Nahrungsmittelrationen würden an rund vier Millionen Flüchtlinge im Bürgerkriegsland verteilt.

Im Gegensatz dazu bekämen Schutzsuchende in den Nachbarländern Geldkarten, „um Nahrungsmittel für einen Monat einkaufen zu können“. Während jedes Familienmitglied 2014 beispielsweise im Libanon noch durchschnittlich 27 Dollar zugewiesen bekam, waren es seit Anfang des Jahres nur noch gut 13,50 Dollar monatlich, wie Südhoff erklärte. Mit den neuen Zusagen von etwa 40 Millionen Euro könnten die Geldkarten bis Weihnachten auf 21 Dollar erhöht werden. Dies entspreche etwa 80 Prozent des Mindestbedarfs.

Die Hilfe vor Ort sei „drastisch unterfinanziert“, sagte Südhoff. Ende September habe man den Menschen nicht sagen können, „wie viel Hilfe sie denn ungefähr im nächsten Monat erwarten können“. Zudem erhielten knapp 230 000 syrische Flüchtlinge in Jordanien überhaupt keine Hilfe, weil das Geld nicht für alle reiche.

Die Verzweiflung nehme massiv zu. Kinder gingen betteln statt zur Schule. Kranke könnten sich Medikamente nicht mehr leisten. Kriminalität und Prostitution seien gestiegen. Es gebe sogar Syrer, die in den Flüchtlingslagern sagten, „ich fliehe lieber zurück nach Syrien und riskiere dort mein Leben, als dass ich hier langsam verhungere“, berichtete Südhoff. Trotzdem wollten viele Familien „nur im äußersten Notfall“ die gefährliche Reise nach Europa antreten. „Wir glauben schon, dass viele Menschen in der Region bleiben würden, wenn sie ein etwas besseres Auskommen hätten“.

Um alle syrischen Vertriebenen in und um Syrien mit dem Nötigsten zu versorgen braucht das WFP laut Südhoff noch etwa 177 Millionen US-Dollar bis Ende des Jahres. Zwar gebe es verschiedene Zusagen, es sei aber nicht klar, um wie viel es gehe und wann die Mittel kämen. Andere Geldgeber wie die Bundesregierung prüften noch, ob sie weitere Hilfen bereitstellen könnten, sagte Südhoff. Die deutsche Unterstützung beläuft sich bislang auf 62 Millionen Euro in diesem Jahr und liegt damit etwa beim Vorjahreswert. „Es gab noch nie eine Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, die so viel Hilfe erfordert wie Syrien.“

http://www.migazin.de/2015/10/21 ■

Ist die Türkei ein sicherer Herkunftsstaat?

Die Fluchtverursacher, EU und BRD, die mit ihrer Teil- und Herrscherpolitik im Nahen Osten, mit ihren Waffenexporten, darunter auch an die Türkei, Saudi Arabien und Qatar beliefern, wollen die Europäischen Grenzen in die Türkei verlegen. Die Türkei, die als einer der Größten IS-Unterstützer zählt und diese auch mit Waffen beliefert, soll zu einem sicheren Herkunftsstaat werden. Sollte die Türkei als sicherer Herkunftsstaat angenommen werden, können und werden die Asylsuchenden schneller abgeschoben werden. Die Türkei ist entgegen der Diskussionen in der deutschen Politik kein geeigneter Partner in der Flüchtlingspolitik. Mit der Unterstützung des IS und der Kriegspolitik in Syrien, hat die Türkei hunderttausendfach Fluchtursachen zu verantworten. Weiter auf eine Partnerschaft mit Erdogan zu setzen, hieße lediglich seine Politik der Angst zu befördern.

Es gilt klare Zeichen für einen radikalen Wandel in der deutschen Türkeipolitik zu setzen. Die Waffenexporte in die Türkei müssen aufhören. Ein Ende der engen militärischen, polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit ist zwingend erforderlich. Die Polizeikräfte, die die Demonstrationen nach der Explosionen in Ankara mit Tränengas und Wasserwerfern angriffen, wurden von ihren deutschen Kollegen ausgebildet. Wir rufen die Bundesregierung auf, sich von der Unterstützung der türkischen Regierung zu verabschieden. Sei es nun die ökonomische, militärische oder politische Unterstützung.

Die Türkei als sicheren Herkunftsstaat zu kategorisieren, wäre ein Schlag gegen jegliche demokratische Verständnisse und würde der AKP Regierung bei ihrem Vorgehen zusätzlich eine Legitimation einräumen.

Wenn die Zusammenarbeit zwischen den EU Staaten und der Türkei beibehalten wird, heißt das, dass diese Staaten mit an den Morden der Geflüchteten und der türkischen Bevölkerung beteiligt sind.

Quelle: Pressemitteilung DIDF Bundesvorstand 14.10.2015 ■

Shell-Jugendstudie Jugendliche immer offener gegenüber Einwanderung

Jugendliche sind stehen Einwanderung offen gegenüber. Die Skepsis gegenüber Einwanderern ist im langfristigen Verlauf sogar gesunken. Familienministerin Schwesig sieht in Jugendliche eine Schlüsselrolle bei der Integration.

Die junge Generation sieht Zuwanderer immer positiver. Wie aus der am Dienstag in Berlin vorgestellten Shell-Jugendstudie hervorgeht, spricht sich eine Mehrheit von 54 Prozent dafür aus, generell genauso viele oder sogar mehr Zuwanderer aufzunehmen wie bislang. Speziell auf Flüchtlinge bezogen, sind sogar 60 Prozent dafür, wie Studienleiter Mathias Albert sagte.

Die insgesamt 2558 12- bis 25-Jährigen, die für die Studie im Auftrag des Mineralöl-Unternehmens Shell befragt wurden, gaben ihre Antworten zu Anfang des Jahres und damit vor der Zuspitzung der Flüchtlingssituation im Sommer. Albert zeigte sich trotzdem überzeugt, dass die Antworten aktuell kaum anders ausfallen würden. Die Langzeitstudie messe Trends, die sich in kurzer Zeit nicht wesentlich veränderten, sagte er. Zudem sei auch damals die Zahl der Zuwanderer und Flüchtlinge bereits relativ hoch gewesen.

Der Langzeittrend zeigt sich bei der Skepsis gegenüber Zuwanderern, die deutlich abgenommen hat: 37 Prozent sprachen sich in der aktuellen Befragung für eine Begrenzung von Zuwanderung aus. 2002 waren es 48, 2006 sogar 58 Prozent. 29 Prozent macht die Zuwanderung Angst. Deutlich größere Sorgen bereitet den jungen Menschen aber die wachsende Fremdenfeindlichkeit. 48 Prozent haben Angst davor, 2010 waren es 40 Prozent.

Während Albert zufolge bei vielen Themen die Unterschiede zwischen Ost und West kaum noch vorhanden sind, treten sie beim Thema Zuwanderung weiter zutage. Im Gebiet der alten Bundesrepublik sind 35 Prozent der jungen Menschen für eine Begrenzung von Zuwanderung, im Osten inklusive Berlin fast die Hälfte (49 Prozent).

Insgesamt blickt die junge Generation der Umfrage zufolge zunehmend optimistisch in die Zukunft. Sorge bereitet ihnen aber der Blick auf die künftige Berufstätigkeit und die Vereinbarkeit mit der Familie. Das wirkt sich auf den Kinderwunsch aus: 2010 wünschten sich noch

69 Prozent der jungen Menschen Kinder, aktuell sind es noch 64 Prozent. Gestiegen ist der Umfrage zufolge das Interesse an Politik. 41 Prozent bezeichnen sich aktuell als interessiert, 2002 waren es nur 30 Prozent. Den etablierten Parteien bringen sie aber wenig Vertrauen entgegen.

Die Jugend sei oft zu Unrecht als egoistisch und desinteressiert gescholten worden, sagte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) bei der Vorstellung der Studie. Vielmehr beweise die Umfrage, dass die junge Generation eine hohe Integrationsbereitschaft habe, sagte Schwesig. Ihr komme dabei eine Schlüsselrolle zu. „Die Jugend von heute hat es in der Hand, wie Menschen hier ankommen", sagte Schwesig. Vom Optimismus und der Zuversicht beim Blick auf Flüchtlinge könne sich mancher eine Scheibe abschneiden, sagte die Ministerin.

Quelle: http://www.migazin.de
14.10.2015 ■

Wieviel „Menschlichkeit in der Flüchtlingspolitik" bleibt?

Der Flüchtlingsrat fordert die Landesregierung auf, die selbstgesetzten Ansprüche an eine humanitäre Flüchtlingspolitik zu verteidigen und auch nach den schwerwiegenden und schmerzhaften Gesetzesänderungen im Rahmen des sog. „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes" die Durchführung von überfallartigen Abschiebungen im Morgengrauen per Erlass zu unterbinden.

„Nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise darf der Termin der Abschiebung dem Ausländer nicht angekündigt werden", heißt es nun in §59 abs. 1 AufenthG. Jörg Mielke, Chef der Staatskanzlei, hat Recht, wenn er darauf hinweist, dass diese gesetzliche Grundlage ab 1.11.2015 gilt uns insofern anzuwenden ist. In dem nachfolgenden HAZ-Interview befürwortet Mielke zwar einen „konsequenten Kurs" als „Signal nach außen", macht aber gleichzeitig deutlich, dass das Land von seiner politischen Haltung, wie sie im sog. Rückführungserlass festgehalten ist, nicht grundsätzlich abweichen will.

Die Landesregierung ist daher jetzt gehalten, den Rückführungserlass so an die neue Rechtslage anzupassen, dass seine politische Intention nicht verloren geht. Hierzu gehört nicht nur die Prüfung des Vorliegens anderweitiger Gründe für eine Aufenthaltserlaubnis oder Duldung, sondern auch der Vorrang einer freiwilligen Ausreise sowie die Ermöglichung eines Härtefallantrags vor der Einleitung von Abschiebungen. Auch das Verbot eines unangekündigten gewaltsamen Eindringens in Wohnungen und Unterkünfte der Flüchtlinge zur Nachtzeit sowie das Verbot der Trennung von Familien durch Abschiebungen bleibt durch die neue Rechtslage unberührt.

Niedersachsen hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Ausländerbehörden zu „Willkommensbehörden" umzugestalten und Flüchtlingen human zu begegnen. Einen „wichtigen Schritt für mehr Menschlichkeit in der Niedersächsischen Ausländer- und Flüchtlingspolitik" nannte Innenminister Boris Pistorius in seiner Presseerklärung vom 23.09.2014 den Rückführungserlass. Der Flüchtlingsrat fordert die Landesregierung auf, dieser Zielsetzung treu zu bleiben. Ein fairer Umgang mit den Flüchtlingen erfordert es auch weiterhin, dass die von Abschiebung Betroffenen jedenfalls nicht überrascht werden: Willkommensbehörden reden mit den Flüchtlingen und überfallen sie nicht. Zwar ist die Ankündigung des konkreten Abschiebungstermins gesetzlich ausgeschlossen, zulässig und erforderlich ist aber der ausdrückliche Hinweis der Ausländerbehörde an die Betroffenen darauf, dass eine Abschiebung unmittelbar bevorsteht und demnächst eingeleitet wird. Vorfälle wie in Gnarrenburg, wo am 5.10.2015 ein iranischer herzkranker Flüchtling ohne Ankündigung nachts überfallen und zum Flughafen gebracht wurde, dürfen sich nicht wiederholen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen
22.10.2015 ■

Das steckt im Asylpaket

Der Bundestag hat das Asylpaket der Bundesregierung verabschiedet. Es hat zum Ziel, Asylverfahren zu beschleunigen, Integration in Teilen zu erleichtern, vor allem aber auch mit Verschärfungen dafür zu sorgen, dass abgelehnte Asylbewerber das Land schneller verlassen. Ein anderes Gesetz will die Situation unbegleiteter Minderjähriger verbessern. Die Details im Überblick:

Sichere Herkunftsstaaten: Die Westbalkan-Länder Albanien, Kosovo und Montenegro werden auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten gesetzt. Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern können in der Regel in schnelleren Verfahren als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden.

Längerer Verbleib in der Erstaufnahme: Asylbewerber sollen künftig bis zu sechs statt drei Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben. Ziel ist es, Asylverfahren bereits währenddessen abzuschließen und abgelehnte Asylbewerber von dort zurückzuschicken, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden.

Abschiebungen: Sie dürfen künftig nicht mehr vorher angekündigt werden. Dies soll ein Untertauchen der Betroffenen verhindern.

Sozialleistungen: In Erstaufnahmeeinrichtungen sollen wieder vorrangig Sachleistungen statt Bargeld ausgegeben werden. Auch in anderen Gemeinschaftsunterkünften kann dies so gehandhabt werden. Erstmals ist im Gesetz nun auch eine finanzielle Sanktion festgeschrieben, wenn zur Ausreise aufgeforderte Ausländer bleiben. Lassen sie „schuldhaft" die Frist zur Ausreise verstreichen, sollen die Leistungen auf das „unabdingbar Notwendige" gekürzt werden.

Gesundheitskarte: Die Einführung der Gesundheitskarte, die Flüchtlingen einen Arztbesuch ohne vorherige Bürokratie ermöglicht, bleibt den einzelnen Ländern überlassen. Sie dürfen Krankenkassen aber künftig verpflichten, die Krankenbehandlungen zu übernehmen. Flüchtlinge haben in Deutschland nur Anspruch auf Behandlung akuter Krankheiten und Schmerzen. An diesem eingeschränkten Leistungsanspruch ändert sich nichts.

Baustandards: Die Bundesregierung will Standardabweichungen im Bauplanungsrecht für Flüchtlingsunterkünfte erlauben. Damit soll die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften erleichtert werden.

Integration: Die Integrationskurse werden für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive geöffnet. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge teilte mit, dass die Teilnahme schon ab November möglich sein wird. Zudem sollen sich Jobcenter frühzeitig um die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt bemühen.

Legale Zuwanderung: Für Migranten aus Balkan-Staaten, die in der Regel nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, schafft das Gesetz die Möglichkeit legaler Einwanderung. Einreisen darf, wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag zu geltenden tarifvertraglichen Bedingungen hat. Voraussetzung ist aber, dass die Migranten in den zwei Jahren vor Einreise keine Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben.

Unbegleitete Minderjährige: Sie werden künftig genauso wie Erwachsene gleichmäßig auf die Bundesländer verteilt. Ein Gesetz von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) verpflichtet die Länder, bis Januar 2016 entsprechende Strukturen zu schaffen. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe werden für Flüchtlinge geöffnet. Das Gesetz hebt außerdem das Alter, ab dem Flüchtlinge als volljährige gelten, auf 18 Jahre an. Bisher galten sie bereits mit 16 Jahren als verfahrensfähig.

Entlastung von Ländern und Kommunen: Der Bund will die Länder künftig dauerhaft bei der Versorgung von Flüchtlingen unterstützen. Der grundsätzliche Wille dazu ist Teil des Asylpakets. In diesem Jahr sollen Länder und Kommunen nochmals eine Milliarde Euro mehr erhalten. Ab 2016 will der Bund die Länder mit einer Kopfpauschale in Höhe von 670 Euro pro Monat entlasten, die während der Zeit des Asylverfahrens gezahlt werden soll. Der konkrete Beschluss dazu ist aber Bestandteil der Haushaltsberatungen, die erst im November zum Abschluss kommen.

Quelle: http://www.migazin.de
16.10.2015 ■

Liebe Freunde und Freundinnen des Fußballs, verehrte Fans,

„!Nie wieder“, diese Botschaft der Überlebenden des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau, haben Fußballfreunde 2004 aufgegriffen und den „Erinnerungstag im deutschen Fußball“ ins Leben gerufen. Am 27. Januar 2004 wurde die Initiative in der Evangelischen Versöhnungskirche, KZ-Gedenkstätte Dachau, gegründet. Die Anregung kam aus Italien. Ein Bündnis aus Einzelpersonen, Fangruppen und Fanprojekten, Vereinen, Verbänden und Institutionen aus dem Fußball gedenkt seitdem der preisgegebenen Familienmitglieder und engagiert sich für eine würdige Gedenkkultur und für ein Stadion ohne Diskriminierung.

Nie wieder

Die Bündnispartner setzen mit klugen, kreativen Aktionen und Veranstaltungen ein unübersehbares Zeichen gegen den alltäglichen und aktuellen Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus an den Spieltagen rund um den „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“. Der inhaltliche und organisatorische Aktionsbogen spannt sich über die ganze Republik und bezieht in seiner europäischen Variante punktuell die Schweiz, Österreich und Italien mit ein.

Mitte Dezember werden in Abstimmung mit der DFL die Texte für die Stadiondurchsagen und für die Stadionmagazine veröffentlicht und den Vereinen zur Verfügung gestellt. Am Spieltag um den 27. Januar, bzw. nach der Winterpause werden die Texte verlesen und durch eine Fülle von Aktionen im und um das Stadion herum begleitet.

Vom Selbstverständnis einer „Graswurzelbewegung“ geprägt, planen und organisieren die Bündnispartner ihre „Einmischungen“ autonom.

Aktionen zum Erinnerungstag

Mittwoch, 27. Januar 2016: 12. Erinnerungstag im deutschen Fußball

Rund um den Spieltag oder nach Winterpause wird mit Aktionen und Veranstaltungen ein unübersehbares Zeichen gegen den alltäglichen und aktuellen Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus rund um den „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ ein Zeichen gesetzt.

„Legal Proceedings against Right-Wing Terrorism – Tagung vom 4. - 5.12.2015, Hochschule Düsseldorf

Several countries have witnessed severe acts of right-wing terrorism in the past decades. Be it the bank robberies and murder of Alan Berg by ‘The Order’ in the U.S., the mass killing by Anders Behring Breivik in Norway, the racist murders by John Ausonius who became known as the ‘Laserman’ in Sweden, or the racist crimes perpetrated by a group of neo-Nazis in Hungary – not to forget the bombing of Bologna railway station in 1980 and the assassination of Jitzchak Rabin by Jigal Amir. In all these cases, suspects were tried and eventually sentenced. Also, many observers expect a conviction of the defendants in the present proceedings against the NSU in Germany.

Local organizer
FORENA – Research Unit on Right-Wing Extremism at the University of Applied Sciences Düsseldorf
Prof. Dr. Fabian Virchow
fabian.virchow@hs-duesseldorf.de
Place
The conference will take place at the University of Applied Sciences Düsseldorf/Hochschule Düsseldorf.
Registration
If you wish to participate in the international workshop, please contact us via e-mail by contacting the local organizer. Unfortunately, only a limited number of places are available. Your registration is valid if you receive a confirmation of the organizer.
Fee
Participation fee is € 30. Dinner not included.
Language
The conference language is English.

Preliminary Programme
4th December 2015 (Friday)
10:30 am Registration & Coffee
12:15 pm Welcome & Introduction
Fabian Virchow
University of Applied Sciences Düsseldorf (Germany)
Faculty of Social Sciences and Cultural Studies
1:00 pm A Performative Perspective on Terrorism Trials
Beatrice de Graaf
University of Utrecht (Netherlands)
Department of History and Art History
2:00 pm Cases from the U.S.A.
N.N.
3:00 pm Coffee break
3:30 pm Performing Justice, Coping with Trauma: The trial against Anders Breivik, 2012
Tore Bjørgo
Norwegian Police University College (Norway)
4:30 pm The Italian Cases
Galadriel Ravelli
University of Bath (UK)
5:30 pm End of Day 1
6:00 pm Dinner
8:00 pm Judgement in Hungary (Film screening)
Eszter Hajdú – Hungarian with English Subtitles; Followed by a discussion with the director Eszter Hajdú
5th December 2015 (Saturday)
8:30 am Coffee
9:00 am Neo-Nazi terrorism: from text to trial
Matthew Feldman
University of Teesside (UK)
9:50 am The relevance of co-plaintiff. The NSU trial before the Higher Regional Court of Munich as an example of current deficits in Germany’s political and legal culture
Samuel Salzborn & Marc Schwietring
Georg-August-Universität Göttingen (Germany)
Institute of Political Science
10:40 am Coffee Break
11:00 am Defending or Damaging Democracy? Legal Action against Anti-immigrant Parties in Europe and its Effects on their Electoral Support
Joost van Spanje LLM
University of Amsterdam (The Netherlands)
11:50 am From Covert Collusion to Overt Sponsorship? Reflections on Law, Politics and Right-Wing Terrorism in India
Badrinath Rao
Kettering University, Flint (MI) (USA)
12:40 pm Comments on presentations
Massimiliano Livi
(Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Germany)
Hartmut Aden
(Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin/Berlin School of Economics and Law)
1:45 pm End of Conference

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Köln kuscht nicht vor Nazis!

Innerhalb von wenigen Tagen ballten sich Gewaltankündigung und Mordanschläge in der Metropole Köln. Seit Wochen hatte die Hogesa gewalttätige Ausschreitungen für den 25. Oktober angekündigt. Sie wollten Köln 2014 „toppen“. Damals wurden Polizisten, Passanten und sogar Journalisten in einer unglaublichen Brutalität angegriffen. Der umgestoßene Polizeiwagen ging weltweit durch die Presse. Am 17. Oktober d. J. verübte Frank. S. einen Mordanschlag mit einem Messer auf die Oberbürgermeisterkandidatin Reker und traf sie schwer. Der Mann war vor Jahren bei der FAP.

Der Versuch der Kölner Polizei, mit guten Argumenten den Hogesa-Aufmarsch zu verbieten, wurde von zwei Verwaltungsgerichten abgewiesen. Die Empörung in der Stadt war groß und die Begründung der Gerichte schwach. Eine Demonstration der Hogesa sei gefährlich, eine Standkundgebung dagegen möglich. Seit vielen Jahren gab es erstmals eine breite Diskussion, dass vielfach Gerichte Schuld sind, dass Nazi-Aufmärsche trotz breiter Proteste stattfinden können. „Köln stellt sich quer“ appellierte an das Oberverwaltungsgericht Münster, die Hogesa-Demonstration zu verbieten.

Alle Kölner antifaschistischen Bündnisse schlossen sich zusammen, unterstützt vom 1. FC Köln und dem Festkomitee des Kölner Karneval. Es bildete sich nach dem Mordanschlag auf Oberbürgermeisterin Reker und vor dem 25. Oktober eine sonderbare Stimmung aus Angst, Wut, Ohnmacht, aber auch Wegschauen. Die Veranstalter hofften auf 10 000 Teilnehmer, es kamen zur Auftaktdemonstration 7000 Personen auf den Heumarkt zu „Köln stellt sich quer“ und ca. 2000 Personen zum Antifa-Bündnis „Köln gegen Rechts“. Alle Veranstaltungen trafen sich dann am Bahnhof Köln-Deutz zur großen Kundgebung von 20 000 Kölnerinnen und Kölnern. Von der Antifa über den Alt-OB Roters bis zu einer Delegation von CDU und FDP waren alle dabei.

Und es war eine sehr politische, nachdenkliche Veranstaltung, auf der zahlreiche Rednerinnen und Redner, Kabarettisten und Musikgruppen auftraten. Das Kulturprogramm wurde von den Künstlerinitiativen AG Arsch huh und Birlikte (Schauspielhaus, IG Keupstr. u.a.) getragen. Stellvertretend zwei Personen:

Judith Gövert für das Bündnis „Köln stellt sich quer“: „Ich frage mich: Ist es nicht Aufgabe von Polizei und Verfassungsschutz die Demokratie in diesem Land zu schützen? Und ich frage: Machen sie es? Ist das Modell des Verfassungsschutzes, der offensichtlich auf dem rechten Auge blind ist und scheinbar immer wieder die Kontrolle über seine V-Leute verliert – noch zeitgemäß?

Das Attentat auf Frau Reker kommt nicht aus heiterem Himmel. Es ist die Folge einer immer lauter und widerwärtiger werdenden Hetze. Wir haben ein Problem in diesem Land: Es heißt Rassismus!“

Der Kabarettist Wilfried Schmickler sprach kritisch, nachdenklich und endete mit Nâzım Hikmet, mit dem er die Stimmung auf dem Kundgebungsplatz traf:

„Leben einzeln und frei
wie ein Baum und dabei
brüderlich wie ein Wald
diese Sehnsucht ist unser.“

Jörg Detjen ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370